

schafts- und Sozialrat seine Ergebnisse zur Behandlung auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1991 zu unterbreiten und der Generalversammlung auf ihrer sechs- und vierzigsten Tagung über die Angelegenheit Bericht zu erstatten;

2. *beschließt*, gemäß der auf der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder verabschiedeten Resolution über Wirtschaftshilfe für Namibia und die Zuerkennung des Status eines der am wenigsten entwickelten Länder Namibia zur Unterstützung seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eine Sonderbehandlung zukommen zu lassen;

3. *legt* allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft und allen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *nahe*, die noch rudimentären wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der neuen Nation Namibia und ihre Entwicklungsbestrebungen in jeder erdenklichen Weise zu unterstützen.

71. Plenarsitzung
21. Dezember 1990

45/199 – Internationale Entwicklungsstrategie für die Vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

1. *verkündet* die Vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, beginnend am 1. Januar 1991;

2. *verabschiedet* die in der Anlage zu dieser Resolution enthaltene Internationale Entwicklungsstrategie für die Vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen.

71. Plenarsitzung
21. Dezember 1990

ANLAGE

Internationale Entwicklungsstrategie für die Vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen

I. PRÄAMBEL

1. Wir, die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, verabschieden die nachstehende Internationale Entwicklungsstrategie und bestimmen den Zeitraum vom 1. Januar 1991 bis 31. Dezember 2000 zur Vierten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen. Grundlage dieser Strategie ist der weltweite Konsens, der in der Erklärung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung der Entwicklungsländer zum Ausdruck kommt, die in der Anlage zu Resolution S-18/3 der Generalversammlung enthalten ist. Wir verpflichten uns einzeln und gemeinsam, die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Umsetzung der Strategie erforderlich sind.

2. Die Gesamt- und Einzelziele der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen sind größtenteils unerreich geblieben. Ungünstige und unvorhergesehene Entwicklungen in der Weltwirtschaft haben die Voraussetzungen zunichte gemacht, von denen die Wachstumserwartungen ausgingen. In den frühen achtziger Jahren erleb-

ten wir in den entwickelten Ländern mit marktwirtschaftlichem System eine Rezession. Wenngleich das Wachstum in diesen Ländern 1983 wieder anließ und sich in den restlichen Jahren der Dekade in gemäßigtem Tempo praktisch inflationsfrei fortsetzte, war diese Periode doch eine Zeit ausgeprägter außen- wie auch finanzwirtschaftlicher Ungleichgewichte und einer relativ hohen Arbeitslosigkeit. Die Wachstumsraten verlangsamten sich in den Ländern Osteuropas, wo die sich immer deutlicher abzeichnende Notwendigkeit eines Strukturwandels gegen Ende des Jahrzehnts weitreichende wirtschaftliche und politische Veränderungen hervorrief. Der Welthandel fand in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wieder zurück zu einem relativ raschen Wachstum. Für die Entwicklungsländer hingegen war das außenwirtschaftliche Umfeld während der Dekade allgemein geprägt von rückläufigen Ressourcenströmen, sinkenden Rohstoffpreisen, steigenden Zinssätzen und immer höheren Schranken für den Marktzugang. Während der achtziger Jahre betrug das Gesamtwachstum der Entwicklungsländer pro Jahr im Durchschnitt 3 Prozent und das Pro-Kopf-Wachstum 1 Prozent. Im Vergleich dazu lag das Gesamtwachstum in diesen Ländern in den sechziger und siebziger Jahren im Durchschnitt bei 5,5 Prozent und das Pro-Kopf-Wachstum bei 3 Prozent.

3. Trotz dieser Umstände ist es einigen Entwicklungsländern, darunter einigen der größten und der ärmsten, gelungen, ein relativ rasches Wachstums- und Veränderungstempo aufrechtzuerhalten. Für die meisten anderen brachte das Jahrzehnt jedoch rückläufige Wachstumsraten, einen sinkenden Lebensstandard und noch tiefere Armut. Die 1982 ausbrechende Schuldenkrise führte dazu, daß die kommerziellen Banken die Nettokreditgewährung fast völlig einstellten. Es kam zu einem negativen Nettokapitaltransfer der verschuldeten Länder, deren Schuldendienstkapazität in dem Maße noch weiter geschwächt wurde, wie die Zinssätze anstiegen und die Austauschrelationen sich verschlechterten. Als Folge davon betrug das Gesamtwachstum der Entwicklungsländer mit Schuldendienstschwierigkeiten im Zeitraum 1981-1990 nur 1,5 Prozent. In den achtziger Jahren vertiefte sich auch die Kluft zwischen den reichen und den armen Ländern. Außerdem war das Jahrzehnt gekennzeichnet von politischen Spannungen und Konflikten sowie von natürlichen und anthropogenen Katastrophen mit kostspieligen, mißlichen Folgen.

4. Wenn die neunziger Jahre zu einem Entwicklungsjahrzehnt werden sollen, dann gilt es, den bislang unbefriedigenden Fortschritts- und Leistungsstand zu verändern. Die Prognosen der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen deuten jedoch ohne Ausnahme darauf hin, daß sich das kommende Jahrzehnt bei Ausbleiben eines grundlegenden Wandels in den politischen Konzepten von dem vorangegangenen kaum unterscheiden wird. Während für einige Länder Asiens ein relativ rasches Wachstum vorausgesagt wird, ist in anderen Ländern, vor allem in Afrika und Lateinamerika, ein Fortdauern der Stagnation zu erwarten.

5. Solche Aussichten bergen Gefahren in sich. Eine wachsende Bevölkerung und die Zunahme der Zahl der jungen Arbeitskräfte sowie die infolge der weiteren Verbreitung des Bildungswesens und unter dem Eindruck der Kommunikationsmittel gestiegenen Erwartungen

setzen das politische und soziale Gefüge der Entwicklungsländer einem ungeheuren Druck aus. Sofern dieser Druck nicht durch eine von ihrem Tempo und ihrem Wesen her einschneidend verbesserte Entwicklung gemildert wird, könnten wirtschaftliche Not und politische und soziale Instabilität sich ausbreiten, und zwar nicht nur innerhalb der jeweiligen Staatsgrenzen, sondern auch über diese hinaus, und Frieden und Stabilität in der ganzen Welt beeinträchtigen. In den zahlreichen Entwicklungsländern, in denen die Konjunktur in den achtziger Jahren stagniert hat oder rückläufig war, breitete die absolute Armut sich noch weiter aus und verschlechterten sich die Verhältnisse in bezug auf Ernährung und Ernährungssicherheit, Schaffung von Arbeitsplätzen und Erziehung, Gesundheitsbetreuung und Säuglingssterblichkeit, Wohnungswesen und Hygiene. Die Aushöhlung des Lebensstandards und der sozialen Einrichtungen haben in zahlreichen Ländern zu wachsender politischer Unruhe geführt.

6. Die Interdependenz der Nationen gewinnt rasch eine Tragweite, die weit über bloße Handels- und Finanzverbindungen hinausgeht. Es gibt starke Tendenzen zu größerer Offenheit bei der Bewegung von Finanzmitteln, Menschen und Ideen in der ganzen Welt. Im Laufe des letzten Jahrzehnts sind Gewalttätigkeit, soziale Unruhen und Terrorismus alltäglicher geworden. Konflikte und Umwälzungen führen zu Flüchtlings- und internationalen Wanderbewegungen und rufen Probleme der Grenzkontrolle, der Aufnahme und der Assimilierung in die Aufnahmeländer hervor. Der unerlaubte Suchtstoffverkehr stellt eine Verbindung her zwischen Armut und sozialen Problemen in den reichen Ländern und in den Erzeugerländern, deren traditionelle Anbaukulturen nicht mehr zur Deckung des Lebensunterhalts ausreichen. Selbst Umweltgefahren und Epidemien nehmen oft weltweite Ausmaße an. Diese und ähnliche Probleme können durch wirtschaftliche Spannungen und Belastungen und durch das Scheitern des Entwicklungsprozesses in den Entwicklungsländern nur noch weiter verschärft werden. Die gesamte internationale Gemeinschaft, die reichen wie auch die armen Länder haben somit gleichermaßen ein vitales Interesse daran sicherzustellen, daß die neunziger Jahre wirklich zu einer Dekade des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in der ganzen Welt werden.

7. Die Perspektiven für die neunziger Jahre, die von einer Fortsetzung der derzeitigen Politik ausgehen, können und müssen sich wandeln. Die Neubelebung und Beschleunigung des Entwicklungsprozesses liegt im Interesse aller Länder. Die Entwicklungsländer können dem Welthandel und der Investitionstätigkeit kräftigen Auftrieb geben und viel zur Stärkung und Stabilisierung der Weltwirtschaft beitragen. Bereits jetzt bilden sie einen bedeutenden Teil der Märkte der entwickelten Länder. Auf der internationalen Bühne haben Entwicklungen von großer Tragweite stattgefunden, die neue Möglichkeiten für eine Umkehrung der in den achtziger Jahren verzeichneten Tendenzen eröffnen. Die internationale Entspannung bietet eine Gelegenheit, die Rüstungsausgaben weltweit zu reduzieren, die Belastung der Volkswirtschaften zu verringern und mehr Ressourcen zur Bekämpfung der Armut in der Welt einzusetzen. Das Verblassen ideologischer Konflikte stellt auf allen Ebenen ein besseres Kooperationsklima her. Es gibt kein allgemeingültiges Rezept für eine erfolgreiche Entwicklung,

doch zeichnet sich immer mehr eine Annäherung der Auffassungen darüber ab, welche Konzepte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung wirksam sind und was der private und öffentliche Sektor, Einzelpersonen und Unternehmen sowie demokratische Rechte und Freiheiten zum Entwicklungsprozeß beisteuern können.

8. Ein starker Impuls zur weltweiten Zusammenarbeit geht davon aus, daß man sich der weltweiten Folgen von Umweltproblemen und der Wechselwirkung bewußt ist, in der sie sowohl mit der Entwicklung als auch mit mangelnder Entwicklung stehen, und daß man sich immer mehr darüber im klaren ist, welche Gefahren aus Enttäuschungen und Spannungen in den Entwicklungsländern für die Sicherheit der Nationen entstehen könnten. Die in den neunziger Jahren in Aussicht stehende stärkere Integration Europas wie auch Nordamerikas, sofern diese mit Offenheit gegenüber der Außenwelt einhergeht, läßt eine Stärkung der wichtigsten Volkswirtschaften und ihrer Kapazität zur Ankurbelung des weltweiten Wirtschaftswachstums erhoffen. Die Reform und Umstrukturierung der osteuropäischen Volkswirtschaften und ihre Integration in die Weltwirtschaft kann zur Stärke und Dynamik des Welthandels beitragen. Auch die engere Zusammenarbeit und Integration der Entwicklungsländer untereinander bietet eine Gelegenheit, dem Entwicklungsprozeß mehr Vitalität zu verleihen. Ebenso wichtig sind die raschen Fortschritte in Wissenschaft und Technik und im weltweiten Kommunikationswesen, die neue Möglichkeiten für eine Produktivitätssteigerung, für Strukturveränderungen und für einen schnelleren Entwicklungsgang eröffnen.

9. Diese Veränderungen sind an sich weder eine Gewähr dafür, daß sich die derzeitigen Tendenzen umkehren werden, noch garantieren sie, daß sich die Entwicklungserfahrungen in dem neuen Jahrzehnt wesentlich von denen der achtziger Jahre unterscheiden werden. Wenn die Gelegenheiten nicht ergriffen werden, besteht die Gefahr der zunehmenden weltwirtschaftlichen Marginalisierung zahlreicher Entwicklungsländer und einer nachlassenden Ausrichtung auf die Entwicklung als Ziel der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Veränderungen bieten jedoch einen neuen Kontext für die Entscheidungsfindung und die Formulierung von grundsatzpolitischen Konzepten und von Ansätzen, mittels derer sich die Erfahrungen der achtziger Jahre umkehren lassen könnten. Sie bieten eine Gelegenheit zur Aufstellung und Umsetzung einer Internationalen Entwicklungsstrategie, die darauf gerichtet ist, das große Entwicklungspotential freizusetzen, das in den Entwicklungsländern und in der Weltwirtschaft vorhanden ist.

10. Die in der Anlage zu Resolution S-18/3 der Generalversammlung enthaltene Erklärung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung der Entwicklungsländer enthält ein Versprechen, dem zufolge die Mitgliedstaaten bemüht sein werden, alles Erforderliche zu tun, um die negativen Tendenzen der achtziger Jahre umzukehren, sich den Herausforderungen der neunziger Jahre zu stellen und in ein produktiveres Jahrzehnt einzutreten, wobei anerkannt wird, daß alle diesbezüglichen Maßnahmen jedoch der Verantwortung eines jeden Landes für seine eigene Entwicklung Rechnung tragen und seiner Kapazität und seinem weltwirtschaftlichen Gewicht entsprechen sollten. Wie in den

achtziger Jahren werden zweifellos jetzt noch nicht vorhersehbare Ereignisse dem kommenden Jahrzehnt ihren Stempel aufdrücken. Diese Strategie ist flexibel. Ihr geht es vor allem darum, ein in bezug auf die Probleme und Herausforderungen, die Maßnahmen und Verpflichtungen erzieltes Einvernehmen festzuschreiben, auf der Grundlage von Grundsätzen für nationale und internationale Maßnahmen, die ihre Gültigkeit behalten werden.

11. Die Länder müssen ihre einzelstaatliche Politik anpassen, um Austausch und flexible Reaktionen auf die sich verändernde Weltwirtschaft zu ermöglichen. Eine wirksame einzelstaatliche Politik ist ausschlaggebend, wenn in allen Ländern ein nachhaltiges nichtinflationäres Wirtschaftswachstum erreicht werden soll. Eine solche Politik sollte die Investitionstätigkeit wie auch eine effiziente Ressourcenmobilisierung und -allokation fördern, damit ein dauerhaftes Wachstum erzielt wird.

12. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen setzen sich die Mitgliedstaaten gemeinsam die nachstehenden Gesamt- und Einzelziele für die Vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen.

II. GESAMT- UND EINZELZIELE

13. Das Hauptziel der Strategie besteht darin sicherzustellen, daß die neunziger Jahre ein Jahrzehnt der beschleunigten Entwicklung in den Entwicklungsländern und einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit sind. Während des Jahrzehnts sollte es zu einer beträchtlichen Verbesserung der Lebensumstände der Menschen und einer Verringerung des Gefälles zwischen reichen und armen Ländern kommen. Es sollte ein Jahrzehnt sein, in dem Wege gefunden werden, wie die Weltgemeinschaft ihre Bedürfnisse decken kann, ohne der Umwelt zu schaden. Außerdem hat die Strategie auch wichtige soziale und politische Zielsetzungen. So sollte die Entwicklung im Laufe der Dekade die stärkere Mitwirkung aller Männer und Frauen am wirtschaftlichen und politischen Leben fördern, kulturelle Identitäten schützen und allen Menschen die notwendigen Existenzgrundlagen gewährleisten. Jedes Land ist nach Maßgabe seiner jeweiligen Situation und seiner besonderen Gegebenheiten selbst für seine wirtschaftliche Entwicklungspolitik sowie für Leben und Wohl aller seiner Bürger verantwortlich. Die Strategie sollte dazu beitragen, ein Umfeld zu schaffen, das allerorts dem Entstehen politischer Systeme förderlich ist, die auf allgemeinem Einvernehmen und auf der Achtung der Menschenrechte sowie der sozialen und wirtschaftlichen Rechte beruhen, und das die Herausbildung von Systemen der Rechtspflege fördert, die allen Bürgern Schutz gewähren.

14. Damit diese grundlegenden Ziele verwirklicht werden, sind sechs miteinander zusammenhängende Einzelziele zu erreichen, und zwar:

a) ein Aufschwung im wirtschaftlichen Wachstum in den Entwicklungsländern;

b) ein Entwicklungsprozeß, der sozialen Bedürfnissen Rechnung trägt, um eine beträchtliche Verminderung der tiefsten Armut bemüht ist, die Erschließung und Nutzung der Humanressourcen und menschlichen Fähigkeiten fördert und umweltgerecht und bestandfähig ist;

c) eine Verbesserung der internationalen Währungs-, Finanz- und Handelssysteme, dergestalt, daß sie den Entwicklungsprozeß unterstützen;

d) die Schaffung einer starken und stabilen Weltwirtschaft und eines soliden makroökonomischen Managements auf nationaler wie auch internationaler Ebene;

e) eine entscheidende Stärkung der internationalen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung;

f) eine besondere Anstrengung zur Bewältigung der Probleme der am wenigsten entwickelten Länder, der schwächsten unter den Entwicklungsländern.

15. Diese Gesamt- und Einzelziele stellen eine große Herausforderung dar. Sie verlangen ernsthafte und entschlossene Anstrengungen seitens aller Länder. Den Entwicklungsländern selbst fällt die Aufgabe zu, die großen Anstrengungen zu unternehmen, die notwendig sind, um das Potential ihrer Völker zu mobilisieren, ihre Volkswirtschaften zu modernisieren und zu diversifizieren und durch die Aufstellung ehrgeiziger Ziele für sich selbst die Grundlagen zu schaffen, auf denen die Entwicklung beruht: fachliches Können und Managementfähigkeiten, eine industrielle und landwirtschaftliche Kapazität und leistungsfähige staatliche Dienste und Einrichtungen. Die Erschließung der Humanressourcen, Unternehmergeist und innovatives Denken sowie der dynamische Einsatz von Wissenschaft und Technik unter Bedingungen der politischen Freiheit, der Achtung der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und Gleichheit sind unverzichtbare, wichtige Voraussetzungen für Wachstum und Entwicklung. Die Strategie greift eine Reihe von Gebieten heraus, denen besondere Priorität zukommt: die vollständige Beseitigung von Armut und Hunger, die Erschließung der Humanressourcen und der Aufbau von Institutionen, Bevölkerungsfragen, die Umwelt sowie Ernährung und Landwirtschaft. Um auf diesen Gebieten die gesetzten Ziele zu erreichen, sind entschlossene und energische Maßnahmen sowie Entwicklungsstile erforderlich, die ein rasches Wirtschaftswachstum und soziale Zielsetzungen so zueinander in Beziehung setzen, daß sie sich gegenseitig fördern.

16. Wenn das äußere Umfeld sie nicht unterstützt, werden die Anstrengungen der Entwicklungsländer jedoch leicht fehlschlagen. Sie werden fehlschlagen, wenn plötzliche, von außen an diese Länder herangetragene Erschütterungen ihr Sozialprodukt und ihre Außenhandelseinkünfte dezimieren, wie dies bei vielen von ihnen in den achtziger Jahren der Fall war. Alle Länder leben in einem internationalen wirtschaftlichen Umfeld, doch sind die meisten Entwicklungsländer nach wie vor unvollständig in dieses integriert und über Gebühr anfällig für seine Instabilität. Viele sind Gefangene von Auslandsverschuldungsproblemen sowie des Nachlassens der externen Kapitalströme, des starken Verfalls der Austauschrelationen und der immer höheren Schranken, die ihnen den Zugang zu den Märkten verwehren. Große Verpflichtungen erwachsen den industrialisierten Ländern, die das internationale wirtschaftliche Umfeld und die weltwirtschaftlichen Abläufe beeinflussen und Partner bei der internationalen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung sind. Große Verpflichtungen erwachsen auch dem System der internationalen Organisationen, denen es obliegt, ihre Rolle bei der Förderung der Ent-

wicklung zu erweitern und zu erfüllen. Nur in einer stabilen und auf Fortschritt ausgerichteten Weltwirtschaft können die Entwicklungsländer zu Wohlstand gelangen, und umgekehrt kann die Weltgemeinschaft nur dann einer sicheren Zukunft in Wohlstand entgegensehen, wenn der wirtschaftliche, soziale und politische Fortschritt in den Entwicklungsländern gesichert ist.

17. Die Erreichung der Strategieziele erfordert, daß bei der Wachstumssteigerung mehr als nur geringfügige Zuwachsraten erzielt werden. Die Entwicklungsländer müssen in die Lage versetzt werden, schrittweise diejenigen Ressourcen zu erwirtschaften, die notwendig sind, damit sie einer rasch anwachsenden Erwerbstätigenbevölkerung produktive Beschäftigung bieten, Hunger, Krankheit und Unwissenheit überwinden und den Lebensstandard anheben können. Die negativen Tendenzen der achtziger Jahre müssen umgekehrt und es müssen die Voraussetzungen für eine Art der Entwicklung geschaffen werden, die einen echten Wandel darstellt und sich nicht darauf beschränkt, eine immer größer werdende Bevölkerung mit knapper Not vor dem Hunger zu retten. Die Zeit ist nunmehr reif, über die Anpassungspolitik an die Erschütterungen der achtziger Jahre hinauszugehen und die Grundlagen für einen neuen Entwicklungsschritt zu schaffen. Die Wachstumsraten der meisten Entwicklungsländer müssen im Laufe der Dekade erheblich schneller steigen als bisher. Die Wachstumsziele werden von Land zu Land verschieden sein. Für die relativ kleine Anzahl von Ländern, die in den achtziger Jahren ein zufriedenstellendes Wachstum erzielt haben, wird das Ziel darin bestehen, den Fortschritt zu konsolidieren und seine Fortdauer sicherzustellen. In den zahlreichen Ländern, in denen das Wachstum unterbrochen wurde, ist das erste Gebot die Rückkehr auf einen Pfad der Expansion, bei dem das Wirtschaftswachstum mit dem Bevölkerungswachstum nicht nur Schritt hält, sondern dieses kräftig übertrifft. Bis zur zweiten Hälfte der Dekade sollten die Grundlagen für höhere Wachstumsraten vorhanden sein. Nach den Erfahrungen einiger Länder wird davon ausgegangen, daß durch ein anhaltendes Wachstum in der Größenordnung von 7 Prozent die erforderlichen Voraussetzungen für einen echten Wirtschaftsumschwung bei rascher Steigerung der produktiven Erwerbstätigkeit und vollständiger Beseitigung der Armut geschaffen und die Ressourcen erwirtschaftet werden könnten, die notwendig sind, um die Umwelt zu schützen.

18. Die höheren Wachstumsraten in den Entwicklungsländern werden die Folge von Fortschritten in mehreren Wirtschaftssektoren und bei der Verfolgung sozialer und anderer Ziele sein. Die Strategie will zwar keine umfassenden, ineinandergreifenden sektoralen Zielvorgaben für die Entwicklungsländer insgesamt aufstellen, doch nehmen sich die verschiedenen Teile des Systems der Vereinten Nationen gleichwohl bereits vieler der von ihr behandelten Gebiete an. Dazu gehören Gebiete wie Beschäftigung und Industrie und Technik, Landwirtschaft und Ernährung, Wohn- und Siedlungswesen, Telekommunikation, Schifffahrt, und Umwelt. Die Regierungen haben sektorale Strategien und Pläne vereinbart, um bedeutsame Fortschritte zu erzielen. Umgesetzt in Gesamt- und Einzelziele für nationale wie auch internationale Anstrengungen haben sich ehrgeizige und prak-

tisch erreichbare Zielwerte dieser Art als wertvoll für die Schwerpunktsetzung in der Politik und die Fortschrittskontrolle erwiesen. Außerdem dienen sie als Meßlatte für die Fortschritte, die sich innerhalb eines Jahrzehnts bei starkem politischem Engagement und mit unermüdeten Bemühungen erzielen lassen.

19. Die Strategie muß über die Beschäftigung mit den Schwierigkeiten des Augenblicks hinausgehen. Ein Jahrzehnt ist zu kurz, um Wunder zu wirken, aber zehn Jahre echter Entwicklung würden die Lage in der Welt an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert maßgeblich verändern. Es gäbe zwar noch immer gravierende Entwicklungsprobleme, doch hätten viele Entwicklungsländer die ausweglose Situation überwunden, in der sie jetzt noch immer wie gelähmt verharren. Ihr Lebensstandard würde steigen, statt zu fallen, die jüngere Generation würde Arbeitsplätze finden, statt zu einem verzweiferten Lebenskampf verurteilt zu sein, und Armut und Hunger würden zurückgedrängt, statt sich weiter auszubreiten. Eine neubelebte Investitionstätigkeit würde die Grundlagen für das Wachstum im nächsten Jahrhundert schaffen, und die Energien und Talente der Menschen in den Entwicklungsländern würden in den Dienst des Aufbaus ihrer eigenen Zukunft gestellt. Die ganze Welt würde in größerer Sicherheit und größerem Wohlstand leben, als dies der Fall wäre, wenn die gegenwärtigen Tendenzen sich fortsetzten. Ein weiterer Entwicklungsfehlschlag im nächsten Jahrzehnt würde weltweite Unruhe geradezu herausfordern.

III. POLITIKEN UND MASSNAHMEN

20. An den diese Strategie tragenden Politiken und den Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung muß die Dringlichkeit ihrer Gesamt- und Einzelzielsetzung ersichtlich werden. Sie müssen auf die Beschleunigung des Wachstums gerichtet sein, und sie müssen sich Fragenkomplexen zuwenden, die im Entwicklungsprozeß besonderen Vorrang haben, sowie besonderen Situationen Rechnung tragen, namentlich auch der Situation der am wenigsten entwickelten Länder. Auf jedem Gebiet gibt es wichtige Politiken und Maßnahmen, welche die Entwicklungsländer selbst im nationalen Rahmen verabschieden müssen. Daneben gibt es ebenso wichtige Politiken und Maßnahmen, welche die entwickelten Länder im Kontext der internationalen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung verabschieden müssen. Außerdem muß die internationale Gemeinschaft insgesamt diejenigen Systeme stärken, die das reibungslose Funktionieren der Weltwirtschaft und den Entwicklungsprozeß unterstützen. Die Strategie ist somit von Bedeutung für alle Länder, die sich im Rahmen ihrer Fähigkeiten und Verantwortlichkeiten nach besten Kräften für die Verfolgung ihrer Ziele einsetzen müssen. Die Strategie verlangt von keinem Land Opfer, die sich nicht bezahlt machen. Soweit zur Verfolgung ihrer Ziele öffentliche Mittel verwendet werden müssen, stellen sie Investitionen in eine bessere Welt der Zukunft dar, die gemessen an den heutigen Verteidigungshaushalten außerordentlich bescheiden sind.

A. DIE NEUBELEBUNG DER ENTWICKLUNG

1. *Wirtschaftspolitischer Rahmen, Auslandsverschuldung, Entwicklungsfinanzierung, internationaler Handel, Rohstoffe*

21. Die Neubelebung und Beschleunigung der Entwicklung setzt nicht nur ein dynamisches, Rückhalt bietendes internationales wirtschaftliches Umfeld voraus, sondern auch eine entschlossene einzelstaatliche Politik. Sollte die eine oder die andere dieser Voraussetzungen nicht gegeben sein, wird eine solche Neubelebung scheitern. In den neunziger Jahren sind daher Politiken und Maßnahmen notwendig, die sich auf beide Aspekte erstrecken. Ein Rückhalt bietendes externes wirtschaftliches Umfeld ist von entscheidender Bedeutung. Der Entwicklungsprozeß wird nicht in Schwung kommen, wenn es der Weltwirtschaft an Dynamik und Stabilität mangelt und sie zu sehr von Unsicherheiten geprägt ist. Er wird auch nicht in Schwung kommen, wenn die Entwicklungsländer unter der Last ihrer Auslandsverschuldung darniederliegen, die Entwicklungsfinanzierung unzulänglich ist, Hindernisse den Marktzugang einschränken und die Rohstoffpreise und die Austauschrelationen der Entwicklungsländer auf ihrem derzeitigen niedrigen Stand bleiben. In den achtziger Jahren ist hinsichtlich aller dieser Punkte im Grunde genommen nur Negatives zu verzeichnen gewesen, was es umzukehren gilt. Die Politiken und Maßnahmen, die notwendig sind, um ein internationales Umfeld zu schaffen, das den einzelstaatlichen Entwicklungsanstrengungen in den neunziger Jahren festen Rückhalt gibt, sind somit ein grundlegender Bestandteil der Strategie. Das gleiche gilt auch für die einzelstaatlichen Entwicklungspolitiken. Die wesentlichen Elemente werden nachstehend dargelegt.

Der wirtschaftspolitische Rahmen

22. In den neunziger Jahren wird es nur dann zu einem Entwicklungsaufschwung kommen, wenn auf nationaler wie internationaler Ebene ein Rückhalt gebender wirtschaftspolitischer Gesamtrahmen vorhanden ist. Ein solides makroökonomisches Management der Weltwirtschaft ist von überragender Bedeutung. Die großen Industrieländer, die mit ihrer Politik weitgehend das weltwirtschaftliche Umfeld bestimmen, tragen eine besondere Verantwortung für die Herbeiführung eines stabilen und berechenbaren weltwirtschaftlichen Umfelds, in dem die Entwicklung gelingen kann. Das ungünstige Entwicklungsklima der achtziger Jahre resultierte zum Teil aus der zu Beginn des Jahrzehnts verfolgten restriktiven Politik der Inflationsbekämpfung zu Lasten des Wachstums. Die großen Industrieländer üben einen tiefgreifenden Einfluß auf das Wachstum der Weltwirtschaft und das internationale wirtschaftliche Umfeld aus. Sie sollten ihre Bemühungen um die Förderung eines anhaltenden Wachstums und den Abbau von Ungleichheiten so fortsetzen, daß sie auch für andere Länder nutzbringend sind. Die Koordination makroökonomischer Politiken sollte den Interessen und Anliegen aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, voll Rechnung tragen. Es sollten Anstrengungen im Hinblick auf eine wirksamere multilaterale Überwachung unternommen werden, die darauf abzielt, die bestehenden außen- und finanzwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu beheben, ein nichtinflationäres nachhaltiges Wach-

tum zu fördern, das reale Zinsniveau zu senken sowie die Wechselkurse zu stabilisieren und den Marktzugang zu erleichtern.

23. Die makroökonomischen Politiken der entwickelten Länder sollten den Interessen und Anliegen der Entwicklungsländer Rechnung tragen. In den achtziger Jahren wurden die Entwicklungsländer durch den Anstieg der realen Zinssätze und durch häufige Schwankungen der wichtigsten Wechselkurse schwer in Mitleidenschaft gezogen.

24. Der wirtschaftspolitische Rahmen der Entwicklungsländer trägt mit zur Gestaltung des nationalen Entwicklungsumfeldes bei und muß den Zielen, Prioritäten und besonderen Gegebenheiten eines jeden Landes Rechnung tragen. Zur Beschleunigung der Entwicklung sind jedoch energische Anstrengungen an einer Reihe von Fronten erforderlich. Es bedarf entschlossener Politiken, die darauf abzielen, die Inlandsspartätigkeit und die Investitionen zu steigern sowie die Investitionserträge zu verbessern. Es muß den einzelstaatlichen Politiken gelingen, den inflationären Druck einzudämmen, der oft negative wirtschaftliche und soziale Auswirkungen hat, die sich als entwicklungshemmend erweisen. Dies erfordert eine währungs- und finanzpolitische Disziplin, welche in der Lage ist, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu fördern, sowie die Aufrechterhaltung realistischer Wechselkurse, die die Notwendigkeit ausräumen, wiederholt Währungsabwertungen vorzunehmen, was sich oft nachteilig auf die soziale Stabilität und die Austauschrelationen der Entwicklungsländer auswirkt.

25. Einzelstaatliche Politiken müssen auch darauf ausgerichtet sein, alle in den Entwicklungsländern latent vorhandenen Energien und Antriebskräfte für die Entwicklung zu mobilisieren, eine effiziente Ressourcenallokation zu fördern und die Gelegenheiten zu nutzen, die ein sich wandelndes weltwirtschaftliches Umfeld für Handel, Investitionen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt bietet. Dem öffentlichen Sektor kommt im Entwicklungsprozeß entscheidende Bedeutung zu. Es gilt, die Hemmnisse zu beseitigen, die sich dem Fortschritt in Form bürokratischer Unzulänglichkeiten, administrativer Belastungen, exzessiver Kontrollen und der Außerachtlassung der Marktbedingungen durch öffentliche Unternehmen entgegenstellen. Im Kontext der einzelstaatlichen Ziele sollte das politische Umfeld einen kreativen Beitrag des privaten Sektors, Unternehmergeist und innovatives Denken sowie die Mitwirkung der Bevölkerung auf allen Ebenen des Entwicklungsprozesses fördern. Es sollte den Rahmen für das Spiel der Marktkräfte und für eine realistische Preisgestaltung als Mittel zu einer effizienteren und solideren Ressourcenallokation abstecken. Darüber hinaus sollte der einzelstaatliche politische Rahmen die Entwicklungsländer in die Lage versetzen, die sich auf dem Gebiet des internationalen Handels und der ausländischen Investitionen bietenden Gelegenheiten voll zu nutzen; ferner sollte er ihre Zusammenarbeit untereinander fördern. Wirksamkeit und Flexibilität des einzelstaatlichen politischen Rahmens wären in vermehrtem Maße in einer Umgebung gewährleistet, in der auch die politischen Institutionen und die Rechtssysteme Verbesserungen erführen. Diese würde noch gefördert durch Bedingungen, die es erlauben, die Militärausgaben zu senken und die da-

durch freiwerdenden Ressourcen der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zuzuleiten.

Auslandsverschuldung

26. Für viele Entwicklungsländer wird es ohne eine baldige und dauerhafte Lösung der Probleme der Auslandsverschuldung nicht zu einer Reaktivierung der Entwicklung kommen, wenn man bedenkt, welche ein bedeutendes Problem die Auslandsschuldenlast für sie darstellt. Die Last der Schuldendienstzahlungen hat die Fähigkeit dieser Länder, das Wachstum zu beschleunigen und die Armut zu beseitigen, schwerwiegend eingeschränkt und zu einer Schrumpfung der Importe, der Investitionen und des Verbrauchs geführt. Die Auslandsverschuldung ist zu einem Hauptfaktor der wirtschaftlichen Stagnation der Entwicklungsländer geworden; ein umfangreicher Nettoressourcentransfer aus den Entwicklungsländern in die entwickelten Länder hat stattgefunden, der ihnen die für die Entwicklung so dringend benötigten Ressourcen entzogen hat. In den neunziger Jahren sollte die Entwicklung nicht durch das anhaltende Unvermögen behindert werden, die internationalen Schuldenprobleme zu lösen. Daher sollte jetzt, am Anfang der neunziger Jahre, einer dauerhaften und umfassenden Lösung dieser Probleme weiterhin dringende Aufmerksamkeit geschenkt werden. In den ersten Jahren des Jahrzehnts müssen innovative Lösungen gefunden und eine Entlastung erreicht werden.

27. Die jüngsten Initiativen und Maßnahmen zur Verringerung der Schulden und des Schuldendienstes beziehungsweise zur Schuldenerleichterung für die Entwicklungsländer sollten umfassend verwirklicht werden. Maßnahmen zur Schuldenerleichterung sollten auf den Wiederbeginn eines kräftigen Wachstums und einer entsprechenden Entwicklung in diesen Ländern abzielen und alle Arten der bilateralen Schulden der verschuldeten Entwicklungsländer betreffen. Es sollte ernsthaft erwogen werden, auch weiterhin auf eine wachstumsorientierte Lösung der Schwierigkeiten der Entwicklungsländer mit ernststen Schuldendienstproblemen hinzuwirken, einschließlich derjenigen Länder, die hauptsächlich bei öffentlichen Gläubigern oder multilateralen Institutionen verschuldet sind.

28. Die Lösung der Schuldenprobleme ist die gemeinsame Verantwortung von Schuldner- und Gläubigerländern, Geschäftsbanken und multilateralen Finanzinstitutionen. Die Schuldnerländer sollten ihre Bemühungen, Wirtschaftlichkeit zu erzielen und wieder auf den Pfad nachhaltigen Wachstums einzuschwenken, fortsetzen, indem sie geeignete einzelstaatliche Wirtschaftspolitiken verfolgen. Die Gläubigerländer werden angeregt, ihre Steuerpolitik und ihre Gepflogenheiten in den Bereichen rechtliche Regelungen und Rechnungswesen auch weiterhin zu überprüfen, um Maßnahmen zur Verringerung der Schulden und des Schuldendienstes bei den Geschäftsbanken zu erleichtern. Die multilateralen Finanzinstitutionen sollten in Übereinstimmung mit ihren Richtlinien und mit der nötigen Flexibilität Maßnahmenpakete zum Abbau von Schulden und Schuldendienstverpflichtungen weiterhin unterstützen. Die Gläubigerländer sollten wachstumsorientierte Politiken der Schuldnerländer unterstützen und so die Wiederaufnahme von Wachstum und Entwicklung sowie die rasche

Wiederherstellung der Kreditwürdigkeit der Schuldnerländer erleichtern.

29. Die Maßnahmen zum Problem der Auslandsverschuldung der am wenigsten entwickelten Länder, die in der Pariser Erklärung und dem Aktionsprogramm für die neunziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder vereinbart wurden, die die vom 3. bis 14. September 1990 in Paris abgehaltene Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder¹⁵ verabschiedet hat, sollten zügig und tatkräftig durchgeführt werden.

30. Der Pariser Club wird gebeten, unter anderem unter Berücksichtigung der im Juli 1990 auf dem Wirtschaftsgipfel in Houston verabschiedeten Wirtschaftserklärung die Erhöhung der Flexibilität seines Verhandlungsmechanismus und die Prüfung der gegenwärtigen Voraussetzungen für die Gewährung von Schuldenerleichterungen sowie des Umfangs der auf dem Wirtschaftsgipfel in Toronto im Juli 1988 ergriffenen Initiative⁴² zur Bewältigung des Schuldenproblems zu erwägen. Weitere Maßnahmen sind erforderlich, um die Auslandsverschuldungslast von Ländern mit niedrigem Einkommen und Ländern mit niedrigerem mittlerem Einkommen zu verringern, die hauptsächlich bei öffentlichen Gläubigern verschuldet sind. Maßnahmen zur Lösung des Problems der öffentlichen Auslandsverschuldung der Länder mit mittlerem Einkommen sollten ebenfalls ernsthaft erwogen werden.

31. Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer umfaßt auch Schulden bei multilateralen Finanzinstitutionen. Diese Institutionen müssen weiterhin nach Wegen suchen, die aus dieser Verschuldung erwachsenden Belastungen so zu erleichtern, daß die hohe Kreditwürdigkeit dieser Institutionen auf den Finanzmärkten gesichert bleibt, wie zum Beispiel die 1989 eingerichtete Weltbank-Schuldenreduzierungsfazilität der Internationalen Entwicklungsorganisation, die stark verschuldeten Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen Schuldenerleichterung gewährt.

32. Zwischen dem Problem der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer und dem weltwirtschaftlichen Umfeld besteht ein enger Zusammenhang. Ansteigende Zinssätze, sich verschlechternde Austauschrelationen, schrumpfende externe Kapitalströme, protektionistische Handelsbarrieren und ein langsames Wachstum der Weltwirtschaft erhöhen die Schuldendienstbelastung weiter; eine Verbesserung dieser Faktoren würde sie verringern. Eine spürbare Verbesserung des internationalen Wirtschaftsklimas, die mit geeigneten einzelstaatlichen Politiken zur Nutzung einer solchen Verbesserung einhergeht, ist unerlässlich, um diese Schuldenprobleme zu lösen und ihr Übergreifen auf Länder zu vermeiden, die ihren zerrüttenden Auswirkungen bisher aus dem Weg gehen konnten.

Externe Entwicklungsfinanzierung

33. Ausreichende inländische wie auch externe Ressourcen sind eine wesentliche Voraussetzung für die Wiederbelebung der Entwicklung. Die Entwicklungsländer müssen ihre inländischen Ressourcen soweit wie möglich mobilisieren und zu diesem Zweck entschlossene Politi-

⁴² Siehe A/43/435-S/19974.

ken und Maßnahmen zur Anwendung bringen. In den meisten Entwicklungsländern kommt der weitaus größte Teil der für Investitionen genutzten Mittel aus inländischen Ersparnissen.

34. Der Kern des Entwicklungsproblems besteht jedoch darin, daß arme Länder nur geringen Spielraum haben, durch die Begrenzung eines bereits niedrigen Verbrauchsniveaus die Ersparnisse zu erhöhen. Die Sparbemühungen der Entwicklungsländer müssen daher durch externe Ressourcen ergänzt werden, damit die Investitionen das für ein angemessenes Wirtschaftswachstum erforderliche Niveau erreichen.

35. Darüber hinaus ist der Entwicklungsprozeß allgemein abhängig vom Zustrom importierter Güter und Dienstleistungen, die für das Wirtschaftswachstum erforderlich sind. Wenn die Exporterlöse nicht zur Deckung des Importbedarfs ausreichen, kommt der Entwicklungsprozeß in Ermangelung eines zusätzlichen Stroms externer Ressourcen zum Stillstand.

36. Das außenwirtschaftliche Umfeld der achtziger Jahre hat den Zustrom externer Ressourcen in die Entwicklungsländer nicht begünstigt. Sinkende Rohstoffpreise und protektionistische Tendenzen verringerten die Exporterlöse vieler Länder, zugleich verringerte sich der Zufluß von Entwicklungskapital durch Einschränkungen bei den Haushaltsmitteln für Entwicklungshilfe in den Geberländern und die Einstellung der Nettokreditgewährung an die Entwicklungsländer seitens der Geschäftsbanken nach der Schuldenkrise von 1982. Damit wurden die Entwicklungsländer für ausländische Kapitalanleger weniger attraktiv. Mitte der achtziger Jahre wurde der Nettoressourcentransfer in die Entwicklungsländer bedingt durch die Last der Schuldendienstzahlungen insgesamt negativ. Diese Tendenz verschärfte sich noch durch Verluste der Entwicklungsländer aufgrund der Verschlechterung ihrer Austauschrelationen.

37. Diese Tendenzen müssen in den neunziger Jahren umgekehrt werden, wenn die Entwicklung beschleunigt werden soll. Eine Erhöhung des Entwicklungstempos ist praktisch nicht vorstellbar, wenn externe Ressourcen aus den ärmeren in die reicheren Länder fließen statt umgekehrt. Dies würde das von der internationalen Gemeinschaft unterstützte Konzept einer Entwicklungsdekade sinnlos machen. Der neue Konsens über die Notwendigkeit einer Wiederbelebung der Entwicklung und über die Prioritäten der Entwicklungspolitik erfordert eine erneute Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft, den Zufluß von Finanzierungsmitteln für die Entwicklung auf das zur Erreichung dieser vereinbarten Ziele erforderliche Niveau zu bringen.

38. Die Verringerung der Last der Schuldendienstzahlungen ist, wie bereits erwähnt, eine wesentliche Voraussetzung für die Umkehrung der negativen Tendenzen bei dem Strom externer Ressourcen in die Entwicklungsländer. Erforderlich ist jedoch ebenso eine erhebliche Verbesserung des Zustroms an Finanzierungsmitteln für die Entwicklung aus den Hauptquellen solcher Mittel, nämlich der bilateralen öffentlichen Hilfe, der Kreditgewährung durch die Geschäftsbanken, den direkten Privatinvestitionen und den multilateralen Finanzinstitutionen. Insgesamt gesehen sollten solche Verbesserungen für den Bedarf an Entwicklungsfinanzierung in den neunziger Jahren ausreichend sein. Allein zur Wieder-

herstellung eines positiven Nettotransfers in die Entwicklungsländer in absehbarer Zukunft, in der ein nennenswerter Strom von kommerziellen Krediten nicht zu erwarten ist, müßte der Nettozufluß an öffentlichen Krediten und Zuschüssen aus allen Quellen, der sich in den achtziger Jahren nahezu konstant bei 35 Milliarden US-Dollar bewegte, in der ersten Hälfte der neunziger Jahre beträchtlich wachsen.

39. Die Wirtschaftsreformen und die Integration Osteuropas in den Weltmarkt werden einen erheblichen neuen Mittelbedarf erzeugen. Diese Erweiterung der internationalen Arbeitsteilung wird für alle Seiten vorteilhaft sein, der damit verbundene Bedarf sollte jedoch gedeckt werden, ohne daß dies zu Lasten der von den Entwicklungsländern benötigten Kapitalzufüsse geht.

40. Die öffentliche Entwicklungshilfe muß eine wesentliche Quelle konzessionärer Hilfe für die Entwicklungsländer bleiben, insbesondere für die ärmsten und die am wenigsten entwickelten unter ihnen. Die Hilfsprogramme der Geberländer sind in vielen Fällen auf einem niedrigen Niveau geblieben und müssen in den neunziger Jahren beträchtlich erhöht werden. Die öffentliche Entwicklungshilfe erreichte im Durchschnitt nur die Hälfte des international vereinbarten Zielwertes von 0,7 Prozent ihres Bruttosozialproduktes (BSP). In den neunziger Jahren sollten die Geberländer die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen erfüllen, diesen Zielwert sowie die von der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder verabschiedeten Zielwerte für die am wenigsten entwickelten Länder zu erreichen oder zu übertreffen. Die Qualität dieser Hilfe sowie ihre Nutzung sollte ebenfalls weiter verbessert werden. Die Freisetzung von Mitteln durch eine Reduzierung der Militärausgaben und der Wirtschaftsaufschwung in den Industrieländern sollten die Haushaltsprobleme der Geberländer mindern, und zugleich sollte die wachsende Besorgnis über die Umwelt und die Armut in der Welt neue Gelegenheiten für eine Entwicklungszusammenarbeit schaffen.

41. Ferner sollten neue Möglichkeiten für die Erhöhung des Flusses von Entwicklungskapital in den neunziger Jahren erkundet werden. Dazu gehören Vorschläge, einen Teil der Mittel, die möglicherweise durch den Abrüstungsprozeß und verringerte Militärausgaben frei werden, für die Entwicklung zu nutzen und einen Teil der Zahlungsbilanzüberschüsse der großen Industrieländer durch geeignete Mechanismen und Modalitäten in die Entwicklungsländer umzulenken.

42. Geschäftsbankdarlehen sind im Gefolge der Schuldenkrise nicht länger eine Hauptquelle der Entwicklungsfinanzierung. Eine Wiederaufnahme dieser Kreditgewährung wäre jedoch sowohl für die Lösung des Schuldenproblems als auch für die Befriedigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer wichtig, insbesondere jener Länder, die nicht Empfänger umfangreicher Hilfe zu Vorzugsbedingungen sind. Die Wiederbelebung und Beschleunigung des Wachstums und eine Verbesserung des Weltwirtschaftsklimas werden dazu beitragen, das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit der kreditaufnehmenden Länder wiederherzustellen und die Rückkehr von Fluchtkapital zu erleichtern. Trotzdem werden auch innovatorische Veränderungen erforderlich sein, um Kreditinstrumente zu entwickeln, die kreditaufneh-

mende Länder vor neuerlichen Schuldendienstproblemen schützen helfen.

43. Ausländische Direktinvestitionen, die im allgemeinen keine Schulden erzeugen, könnten eine zunehmend wichtige Rolle als Quelle der Entwicklungsfinanzierung spielen, insbesondere in einer Zeit, da der Welthandel wächst, die Märkte expandieren und der wissenschaftlich-technische Fortschritt neue Möglichkeiten eröffnet. Transnationale Unternehmen sind bereits Träger des Technologietransfers, des Welthandels und der Vermarktung. Viele Entwicklungsländer sind bestrebt, nach Maßgabe ihrer nationalen Ziele ein günstiges Investitionsklima zu schaffen und einen geeigneten Investitionskodex zu verabschieden.

44. Der Bedarf an Entwicklungskapital dürfte kaum vollständig durch die öffentliche Entwicklungshilfe, die Kreditgewährung durch Geschäftsbanken und private ausländische Direktinvestitionen gedeckt werden können. Die multilateralen Finanzinstitutionen können und sollten in den neunziger Jahren eine Hauptrolle bei der Entwicklungsfinanzierung spielen. Ungeachtet der bereits unternommenen Bemühungen zur Erweiterung der Mittel dieser Institutionen angesichts neu entstandener Bedürfnisse werden diese in den neunziger Jahren noch beträchtlich erhöht werden müssen. Der Umfang dieser Mittel ist hinter dem Wachstum der Weltwirtschaft und insbesondere der Weltkapitalmärkte zurückgeblieben. Die Nettokreditgewährung durch die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken war Ende der achtziger Jahre für eine Vielzahl von Entwicklungsländern unbedeutend oder negativ. Die genannten Institutionen sollten in die Lage versetzt werden, die ihnen zugeordnete Rolle als Mittler zwischen den Entwicklungsländern und dem internationalen Kapitalmarkt zu erfüllen. Die mit dem Einsatz der Mittel verbundenen Konditionen sollten realistisch sein und der Notwendigkeit entsprechen, eine wirksame Nutzung durch die Empfängerländer sicherzustellen.

45. Das internationale Währungs- und Finanzsystem muß sich in den neunziger Jahren weiter entwickeln und auf die Bedürfnisse einer sich wandelnden Welt eingehen, die heute eine universelle Zusammenarbeit erfordert. Es sollte eine zunehmend wichtige Quelle sowohl für Entwicklungsfinanzierung als auch für internationale Liquidität werden. Es sollte für mehr Stabilität und Berechenbarkeit bei den Wechselkursen sorgen. Die Entwicklungsländer sollten größeren Einfluß auf Entscheidungen haben, die ihre Lebensinteressen betreffen.

Welthandel

46. Das Ziel der Reaktivierung der Entwicklung erfordert in den neunziger Jahren ein sehr günstiges Klima für den Welthandel im allgemeinen und für den Handel der Entwicklungsländer im besonderen. Das internationale Handelssystem ist der Eckpfeiler einer interdependenten Weltwirtschaft und sollte Bedingungen der Offenheit und Fairneß im Interesse aller Länder schaffen. Wachstum, Entwicklung und die Lösung der dringenden Probleme der Entwicklungsländer sind abhängig von einem offenen und glaubhaften multilateralen Handelssystem, das auf den Prinzipien der Nichtdiskriminierung und der Transparenz beruht. Nach außen gerichtete Entwicklungspolitiken und eine exportgestützte Industrialisie-

rung werden erfolglos bleiben, wenn der Zugang zu den Exportmärkten durch Handelsbeschränkungen begrenzt wird. Das internationale Handelssystem wird am besten in einem Umfeld von Wachstum und Dynamik in der Weltwirtschaft funktionieren, einem Umfeld, zu dem das System selbst beitragen wird. Es muß jedoch in den neunziger Jahren durch konkrete Schritte und Maßnahmen weiter gestärkt werden.

47. Die Politiken und Maßnahmen im Bereich des internationalen Handels müssen in erster Linie darauf gerichtet sein, die besonders in den achtziger Jahren offenkundigen Tendenzen zur Erosion des multilateralen Handelssystems als Folge von Unilateralismus, Bilateralismus und Protektionismus aufzuhalten und umzukehren. Die internationalen Organisationen auf dem Gebiet des Handels sollten gestärkt werden, damit sie die ihnen zufallende Aufgabe bei der Erreichung dieses Ziels erfüllen können. Viele neue Fragen, die aus dem Wandel der Weltwirtschaft resultieren, sind für die Entwicklung des internationalen Handelssystems von Belang. Die Stärkung des Handelssystems erfordert jedoch auch die Lösung einer Reihe anstehender Fragen, die teilweise von besonderem Interesse für die Entwicklungsländer und für den Entwicklungsprozeß entscheidend sind.

48. Die Beschleunigung der Entwicklung in den neunziger Jahren sollte unter anderem durch folgende Schritte und Maßnahmen im Bereich des internationalen Handels unterstützt werden:

a) volle und wirksame Erfüllung der Verpflichtung aus der Ministererklärung über die Uruguay-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen⁴³, den Protektionismus aufzuhalten und umzukehren. Die protektionistischen Tendenzen der achtziger Jahre haben nachteilige Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, den Entwicklungsprozeß und die wirtschaftliche Leistung der Entwicklungsländer und sollten sich in den neunziger Jahren nicht fortsetzen. Der in den vergangenen Jahren verstärkt zu beobachtende Rückgriff auf nichttarifäre Handelshemmnisse verschiedener Art hat die Exporte der Entwicklungsländer beeinträchtigt;

b) Handelsliberalisierung und eine nachhaltige Verbesserung des Zugangs der Exporte der Entwicklungsländer zu den Märkten sowohl der Entwicklungsländer als auch der entwickelten Länder durch den Abbau und die Beseitigung von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen. Eine rasche Strukturanpassung in den entwickelten Ländern verbunden mit einer Verlagerung der komparativen Vorteile wird den Marktzugang für die wachsende Exportkapazität der Entwicklungsländer erleichtern, die im Zuge ihrer wirtschaftlichen Umgestaltung entstehen wird. Die Regeln des internationalen Handelssystems berücksichtigen die Notwendigkeit einer differenzierten und günstigeren Behandlung der Entwicklungsländer im Rahmen der sonstigen Prinzipien der Ministererklärung über die Uruguay-Runde. Dieser Notwendigkeit sollte im Funktionieren des Systems Rechnung getragen werden;

c) Liberalisierung des Handels mit tropischen Produkten und Produkten aus natürlichen Ressourcen. Dies sollte auch die Einstellung der Zollerhöhungen für verarbeitete Rohstoffe einschließen;

⁴³ Siehe GATT, Focus Newsletter, No. 41, Oktober 1986.

d) Einbeziehung des Textilhandels in die normalen Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens;

e) fortschreitender und wesentlicher Abbau der Stütz- und Schutzmaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft;

f) Wirksame Anwendung und entsprechende Verbesserung des allgemeinen Präferenzsystems, Ausweitung der erfaßten Erzeugnisse, zollfreie Behandlung und Achtung der Grundsätze der Nichtgegenseitigkeit und der Nichtdiskriminierung bei seiner Anwendung;

g) Maßnahmen, die sicherstellen, daß die regionale Wirtschaftsintegration und die Bildung von Handelsblöcken das Wachstum des Welthandels nicht behindern und mit den Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens im Einklang stehen. Insbesondere ist sicherzustellen, daß derartige Entwicklungen nicht zu neuen Hemmnissen für die Exporte der Entwicklungsländer führen;

h) strikte Einhaltung der Regeln und Grundsätze des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens durch alle Vertragsparteien.

49. Die Entwicklungsländer sollten bestrebt sein, in Übereinstimmung mit ihren Entwicklungszielen ihre Handelssysteme zu liberalisieren, um so die Effizienz und Flexibilität ihrer Volkswirtschaften und deren Beteiligung an der Weltwirtschaft zu verbessern. Sie sollten Möglichkeiten für den Handel untereinander schaffen und eine raschere Industrialisierung fördern, insbesondere durch die effektive Anwendung des Globalen Systems der Handelspräferenzen. Es bestehen beträchtliche Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Integration unter den Entwicklungsländern, und in den neunziger Jahren sollten neue Anstrengungen unternommen werden, um wirksame subregionale und regionale Marktvereinbarungen zwischen ihnen zu schaffen.

50. Der erfolgreiche und ausgewogene Abschluß der Uruguay-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen, die auf die Stärkung des internationalen Handelssystems abzielt, ist von entscheidender Bedeutung für Fortschritte in den neunziger Jahren. Die Behandlung neuer, bisher von den Regeln des Systems nicht erfaßter Fragen sollte die Entwicklungsdimension wie auch die Notwendigkeit berücksichtigen, daß die Entwicklungsländer ihre eigenen Kapazitäten aufbauen. Der Dialog und die Verhandlungen über notwendige Verbesserungen im internationalen Handelssystem sollten in den neunziger Jahren fortgesetzt und ausgeweitet werden. Der Dialog sollte sich unter anderem auf einen fairen Interessenausgleich zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern, auf die Anpassung und Reform des Systems, damit dieses seine Bedeutung für die sich wandelnden Strukturen des Welthandels bewahrt, sowie darauf konzentrieren, eine bessere Koordination zwischen dem internationalen Handel und den Finanzpolitiken sicherzustellen.

Rohstoffe

51. Die Austauschrelationen der Entwicklungsländer sind ein wichtiger Aspekt des weltwirtschaftlichen Entwicklungsumfelds. Der Verfall der Rohstoffpreise und der Rohstoffexporterlöse der Entwicklungsländer war eine wichtige Ursache für die Verlangsamung des Ent-

wicklungsprozesses in vielen Entwicklungsländern während der achtziger Jahre. Technologische Veränderungen spielten eine gewisse Rolle bei der Abschwächung der langfristigen Nachfrage nach bestimmten Rohstoffen. Das langsame Wachstum und die Instabilität der Weltwirtschaft sowie ein anhaltend hohes Angebot waren jedoch die ausschlaggebenden Faktoren. Rohstoffexporte werden in den neunziger Jahren auch weiterhin eine Schlüsselrolle für die Volkswirtschaften der meisten Entwicklungsländer spielen und werden für ihre Exporterlöse und ihren Unterhalt unverzichtbar bleiben. Für diese Länder wird sich die Reaktivierung der Entwicklung im Verlauf der Dekade angesichts der anhaltenden Schwäche ihres Rohstoffsektors und ihrer Austauschrelationen als schwierig erweisen und auf der Angebotsseite eine flexible Antwort auf die sich ändernden Marktbedingungen erfordern. Die Strategie muß auf ein besseres Funktionieren der Rohstoffmärkte abzielen, mit größerer Transparenz und stabileren und berechenbaren Bedingungen. Die internationalen Rohstoffpolitiken können noch in vieler Hinsicht verbessert werden.

52. Das Integrierte Rohstoffprogramm trachtete das Funktionieren der Rohstoffmärkte durch Rohstoffübereinkommen zwischen Erzeugern und Verbrauchern mit Unterstützung durch den Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe zu verbessern. Die Aushandlung und Neuaushandlung derartiger Übereinkommen erwies sich in der sich rasch wandelnden Weltwirtschaft der achtziger Jahre als schwierig, und eine Reihe bestehender Übereinkünfte versagten. Seitdem sind auf den meisten Rohstoffmärkten kaum dauerhafte Verbesserungen zu verzeichnen, und Abhilfemaßnahmen bleiben dringend notwendig. Rohstoffübereinkommen zwischen Erzeugern und Verbrauchern, welche die Stabilität, die Transparenz und das Funktionieren der Märkte verbessern und langfristigen Markttendenzen Rechnung tragen, nützen sowohl Erzeugern als auch Verbrauchern, und in den neunziger Jahren sollten Anstrengungen unternommen werden, derartige Übereinkommen auszuhandeln beziehungsweise neu auszuhandeln. Das erste Konto des Gemeinsamen Fonds wurde speziell für den Zweck geschaffen, derartige internationale Rohstoffübereinkommen zu fördern.

53. Die Diversifizierung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer und ihre zunehmende Beteiligung an der Verarbeitung, Vermarktung und Verteilung ihrer Rohstoffe ist von größter Bedeutung. Das zweite Konto des Gemeinsamen Rohstofffonds sollte in dieser Hinsicht wirksam genutzt werden, besonders für die technische Hilfe und für rohstoffspezifische Programme der horizontalen und vertikalen Diversifizierung, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder. Der Diversifizierungsprozeß sollte auch durch verbesserten Marktzugang für unbearbeitete und verarbeitete Rohstoffe unterstützt werden. Die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern könnte auch bei der Verarbeitung, dem Transport und der Vermarktung von Rohstoffen eine wichtige Rolle spielen.

54. Die kompensatorische Finanzierung ist ein wichtiges Instrument zum Schutz der Entwicklungsländer, insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder, vor Exporterlösausfällen bei Rohstoffen. Die vorhandenen Instrumente der kompensatorischen Finanzierung, insbesondere die Kompensations- und Eventualfall-Finan-

zierungsvorkehrung des Internationalen Währungsfonds, sollten entsprechend gestärkt werden.

2. *Wissenschaft und Technik, Politiken und Maßnahmen auf dem Industriesektor, Landwirtschaft*

55. Die Lösung des Schuldenproblems, ausreichende Ressourcenströme und ein günstiges Klima im Bereich des Welthandels und der Rohstoffmärkte zählen zu den Voraussetzungen für eine Reaktivierung der Entwicklung in den neunziger Jahren. Eine nachhaltige Beschleunigung des Entwicklungsprozesses wird jedoch nur stattfinden, wenn die Entwicklungsländer ihren industriellen und landwirtschaftlichen Sektor modernisieren und umgestalten und an dem Fortschritt teilhaben, den wissenschaftlich-technische Neuerungen ermöglicht haben. Die einzelstaatlichen Politiken auf diesen Gebieten müssen den jeweiligen Gegebenheiten Rechnung tragen. Viele Fragen haben jedoch strategische Aspekte, die von weitreichender Bedeutung sind. Sie werden in den folgenden Absätzen dargestellt, als Orientierungshilfe sowohl für die einzelstaatlichen Bemühungen als auch für die Unterstützung durch die internationale Entwicklungszusammenarbeit, die möglich und erforderlich ist. In praktisch allen Bereichen gibt es Spielraum für und Bedarf an flankierender finanzieller und technischer Unterstützung durch die Geberregierungen, die multilateralen Kreditinstitutionen und die internationalen Organisationen. Es bestehen auch Möglichkeiten, und der Bedarf, einer Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern.

Wissenschaft und Technik

56. Eine nachhaltige Reaktivierung der Entwicklung in den neunziger Jahren wird bedingt sein durch die Fähigkeit der Entwicklungsländer, an den raschen Fortschritten in Wissenschaft und Technik teilzuhaben, welche die Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren gekennzeichnet haben und dies auch in Zukunft tun werden. Wissen ist heute ein entscheidender Faktor für den wirtschaftlichen Fortschritt. Das Wissensgefälle zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern hat sich vergrößert, und es besteht ein Bedarf an Politiken und Maßnahmen, es in der kommenden Dekade verringern zu helfen. Die Entwicklungsländer müssen daher der Erhöhung ihrer einheimischen Kapazitäten und Fähigkeiten auf diesem Gebiet hohe Priorität beimessen.

57. Entwicklung und Modernisierung in einem Umfeld rascher Fortschritte in Wissenschaft und Technik erfordern die Heranbildung und Erweiterung der Reservoirs wissenschaftlicher Führungskräfte sowie besser qualifizierte Arbeitskräfte. Die Entwicklungsländer sollten in ihren Plänen und Programmen Politiken und Maßnahmen betonen, die ihr wissenschaftlich-technisches Potential erhöhen, und dafür entsprechende Mittel aufwenden. Derartige Politiken müssen von der Ausweitung und Anpassung ihrer Bildungssysteme, einschließlich der Berufsbildung, bis zum Aufbau eines Forschungs- und Entwicklungspotentials auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik reichen.

58. Politiken und Maßnahmen auf diesem Gebiet sollten darauf abstellen, die Fähigkeit der Entwicklungsländer zu erhöhen, wissenschaftlich-technische Neuentwicklungen aus dem Ausland zu nutzen und sie ent-

sprechend den örtlichen Bedingungen zu verändern und anzupassen. Diese Politiken sollten auch traditionelle Technologien einbeziehen, die als Mittel zur Produktivitätssteigerung weiterentwickelt werden können.

59. Der Ausbau des wissenschaftlich-technischen Potentials der Entwicklungsländer erfordert externe Unterstützung auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, bei der Schaffung und Stärkung von Institutionen im Bereich von Wissenschaft und Technik, bei der Verbreitung neuer Technologien und bei der Ausbildung von wissenschaftlichem Führungspersonal. Die Entwicklungsländer sollten hinsichtlich des kommerziellen Zugangs zu Wissenschaft und Technik für Entwicklungszwecke nicht diskriminiert werden. Kommerzielle Kanäle für den Technologieimport, einschließlich ausländischer Direktinvestitionen, sind besonders wichtig und sollten zu geeigneten Bedingungen genutzt werden. Darüber hinaus sollten, was den Zugang zu Technologien und den Technologietransfer zu Vorzugsbedingungen betrifft, insbesondere für die Entwicklungsländer, wirksame Modalitäten geprüft werden, um diesen Zugang und den Technologietransfer möglichst weitgehend zu verwirklichen und zu fördern.

60. Die internationale Gemeinschaft sollte ferner prüfen, wie das System des geistigen Eigentums die wirtschaftliche und technische Entwicklung aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, wirksamer fördern kann und wie geistiges Eigentum wirksam geschützt werden kann. Die Arbeit an dem internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer sollte ebenfalls abgeschlossen werden.

61. Beträchtliche Möglichkeiten bestehen für die Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern bei der Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Die Entwicklungsländer könnten einander helfen, indem sie gemeinsame Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen und -zentren schaffen, gemeinsame Projekte der technologischen Forschung und Entwicklung verfolgen, einander wissenschaftlich-technische Ausbildungseinrichtungen anbieten und Informationen untereinander austauschen. Wissenschaft und Technik müssen bei Projekten der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern auf globaler wie auf regionaler und subregionaler Ebene einen bedeutenden Platz einnehmen.

Politiken und Maßnahmen auf dem Industriesektor

62. Die Beschleunigung des Industrialisierungsprozesses muß ein Hauptelement der wirtschaftlichen Umgestaltung in den meisten Entwicklungsländern und bei der Reaktivierung der Entwicklung in den neunziger Jahren sein. Da in der Landwirtschaft nur in begrenztem Maße neue Arbeitsplätze geschaffen und zusätzliche Exporterlöse erzielt werden können, wird die Industrialisierung für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und für die soziale Entwicklung unabdingbar. Durch die Industrialisierung könnten die Entwicklungsländer auch viele der Möglichkeiten nutzen, die der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die internationalen Märkte bieten. Politiken und Maßnahmen zur Förderung der Industrialisierung müssen daher ein Hauptbestandteil der Strategie sein.

63. Von einigen namhaften Ausnahmen abgesehen stagnierte die verarbeitende Industrie in den achtziger

Jahren in vielen Entwicklungsländern. Sie litten unter einer chronisch zu geringen Auslastung der vorhandenen Industriekapazitäten, mangelnder Wartung, Importhemmnissen und technologischer Überalterung. Diese Probleme wurden teilweise durch schlechte Betriebsführung noch verschärft. Für diese Länder müssen die Sanierung ihres Industriesektors und die volle Auslastung ihrer Industriekapazitäten vorrangige Ziele sein. Die Industrialisierungsrate wird natürlich von Land zu Land variieren, für viele Länder – insbesondere die, in denen die verarbeitende Industrie in den achtziger Jahren Rückschläge erlitt – besagt die Erfahrung jedoch, daß eine beträchtliche Erhöhung der Industrialisierungsrate auf etwa 8 bis 10 Prozent angestrebt werden sollte.

64. Der industrielle Fortschritt erfordert Investitionen, die sich direkt auf die Erhöhung der Produktionskapazität auswirken. Ebenso benötigt er verbesserte und modernisierte Infrastrukturen in Bereichen wie Kommunikation und Verkehrswesen, Energie sowie Bank- und Finanzwesen. Er muß auch durch eine entsprechende Finanz- und Währungspolitik gestützt werden und hängt nicht zuletzt in entscheidendem Maße von Leitungskompetenz, fachlichem Können und gut ausgebildeten und leistungsfähigen Arbeitskräften ab. Die industrielle Entwicklung muß sich auch Verbindungen mit anderen Bereichen der Wirtschaft zunutze machen, insbesondere der Landwirtschaft, welche sowohl die Rohstoffe für das industrielle Wachstum liefern als auch einen Absatzmarkt bieten könnte. Diese Gesichtspunkte müssen in die Politiken und Maßnahmen einfließen, welche die Entwicklungsländer zur Förderung des industriellen Fortschritts während der Dekade ergreifen müssen. Es gibt jedoch noch weitere wichtige Grundsatzfragen, die von zentraler Bedeutung für einen schnelleren Fortschritt bei der Industrialisierung sind und die möglicherweise Neuorientierungen erfordern. Sie werden im folgenden dargelegt.

65. Eine dieser Fragen betrifft die jeweilige Rolle des öffentlichen und des privaten Sektors. In der Vergangenheit waren viele Entwicklungsländer in dem Bestreben, die Industrialisierung zu beschleunigen, und angesichts eines schwachen und wenig erfahrenen Privatsektors bemüht, staatseigene und staatlich gelenkte Industriebetriebe aufzubauen, die ein hohes Maß an Schutz genossen. Die Erfahrung hat die Grenzen eines derartigen Vorgehens gezeigt, besonders wenn der Verwaltungsapparat überlastet ist. Staatsbetriebe können durch bürokratische Starre und Ineffizienz sowie Mangel an Flexibilität, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsvermögen behindert werden. Die Fähigkeiten des Privatsektors sind in vielen Ländern gestiegen, und es besteht ein beträchtlicher Spielraum für eine Erhöhung des Beitrags des privaten Unternehmertums zu einem dynamischen Industrialisierungsprozeß. Das Unternehmertum sollte auf allen Ebenen im Hinblick auf die Schaffung neuer Industrien gefördert werden. Gewöhnlich gibt es ein großes Potential für die Schaffung von Klein- und Mittelbetrieben, die gleichzeitig auch die Beschäftigungsmöglichkeiten in Stadt und Land erweitern würden. Wo Industriebetriebe im Staatseigentum stehen, sollte ihre Wirtschaftlichkeit durch Maßnahmen verbessert werden, die ihre Flexibilität und ihre Fähigkeit erhöhen, sich wechselnden Verhältnissen anzupassen.

66. Eine andere Frage betrifft die Industrieproduktion für den Export im Gegensatz zur Produktion für den Inlandsmarkt und die Imports substitution. Wegen der Marktnähe, der Verbindungen mit anderen Sektoren und einer geringeren Abhängigkeit ist es wünschenswert, Industriebetriebe zur Versorgung des einheimischen Marktes zu errichten. Die Möglichkeiten der Imports substitution durch eigene Industrien sind jedoch insbesondere bei kleinen Märkten begrenzt. In solchen Fällen führt eine Politik, die zu sehr auf Imports substitution ausgerichtet ist, unterstützt durch hohe Handelsschranken, zu hohen Kosten und Ineffizienz. Die Produktion für den Export ist ein Weg zur Überwindung dieser Beschränkungen. Sie wird praktisch zur absoluten Notwendigkeit, wenn nur begrenzte Möglichkeiten für eine Steigerung der Agrarexporte bestehen. Sie ist schließlich ein Instrument, um mit dem technischen Fortschritt Schritt zu halten und eine engere Integration mit den Weltmärkten zu erreichen, da Exporte Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit erfordern.

67. Das Ziel der Industrialisierung erfordert den Aufbau nationalen Eigentums und die Entwicklung einheimischer Management- und technischer Kapazitäten. Ausländische Direktinvestitionen können jedoch einen wichtigen Beitrag zur Industrialisierung leisten. Derartige Investitionen verschaffen nicht nur zusätzliche Mittel, sondern auch Zugang zu modernen Technologien, Fertigkeiten und Märkten. Die Rechtsvorschriften der Entwicklungsländer sollten ausländische Direktinvestitionen in einer Weise fördern, die den Interessen beider Seiten dienlich ist. Die bestehenden Hemmnisse für den Zufluß externer Ressourcen aus anderen Quellen verleihen den ausländischen Direktinvestitionen noch zusätzliche Bedeutung als Mittel zur Erhöhung derartiger Zuflüsse.

68. Der Fortschritt der Industrialisierung in den Entwicklungsländern, und einer nach außen gerichteten Entwicklung insgesamt, ist eng verbunden mit Offenheit und Nichtdiskriminierung auf den internationalen Märkten. Die Durchführung der auf diesem Gebiet erforderlichen Maßnahmen, wie sie im Abschnitt über den Welthandel dargestellt sind, darunter die Senkung der tarifären und nichttarifären Schranken und Maßnahmen zur weiteren Strukturanpassung in den entwickelten Ländern, ist ein wichtiger Bestandteil der Industrialisierungsstrategie.

69. Der industrielle Fortschritt in den Entwicklungsländern kann auch durch die Zusammenarbeit dieser Länder untereinander auf globaler, regionaler und subregionaler Ebene beträchtlich gefördert werden. Die Integration der Märkte der Entwicklungsländer, die Schaffung gemeinsamer Unternehmen sowie Programme zur Aus- und Weiterbildung müssen zu den Zielen der Politiken und Maßnahmen zur Förderung der Industrialisierung in den neunziger Jahren gehören.

Landwirtschaft

70. Für viele Länder wird die Landwirtschaft aufgrund ihres bedeutenden Beitrags zur Volkswirtschaft auch in den neunziger Jahren der Hauptmotor für die Neubelebung des Wirtschaftswachstums sein. In dem Maße, in dem Länder auf den Export agrarischer Rohstoffe auf die Weltmärkte angewiesen sind, werden Fortschritte

unmittelbar von der Umsetzung der oben umrissenen Maßnahmen zur Verstärkung des internationalen Rohstoffhandels abhängen. Die Agrarproduktion in den Entwicklungsländern deckt jedoch auch den Bedarf, der auf dem Inlandmarkt bei der landwirtschaftlichen wie auch der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung an Nahrungsmitteln und anderen Erzeugnissen besteht. Die Beschleunigung der Entwicklung erfordert daher eine spezielle Ausrichtung auf Politiken und Maßnahmen zur Steigerung der Agrarproduktion und zur Erhöhung der Ernährungssicherheit und der Nahrungsmittelautarkie.

71. Der Übergang von traditionellen Anbaumethoden, manchmal in Form einer Subsistenzwirtschaft, zu einer modernen Landwirtschaft sollte daher das Grundziel der Agrarpolitik sein. In vielen Entwicklungsländern ist der verfügbare Boden bereits erheblichem Druck ausgesetzt, und es gibt Grenzen für die Ergebnisse, die sich durch eine Erweiterung der Anbauflächen erzielen lassen. Wo dies noch möglich ist, könnten Maßnahmen ergriffen werden, um durch Bewässerungs- und Besiedlungsprogramme neue Anbauflächen zu schaffen, vorausgesetzt, daß negative Umweltfolgen, wie sie sich beispielsweise aus einer übermäßigen Abholzung ergeben könnten, vermieden werden. Zu einem großen Teil hängen Fortschritte in der Landwirtschaft jedoch stark von einer Steigerung der Produktivität des bereits genutzten Agrarlands ab. In diesem Bereich bestehen angesichts des oft großen Abstands zwischen der derzeitigen Produktivität und dem, was technisch machbar ist, noch viele Möglichkeiten.

72. Die für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität erforderlichen Politiken und Maßnahmen beinhalten mehrere wichtige Komponenten. Eine jährliche Wachstumsrate der Nahrungsmittelerzeugung in der Größenordnung von durchschnittlich 4 Prozent würde einen großen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten und die agroindustrielle Entwicklung unterstützen. Da aber die Situation in jedem Land anders ist, gibt es kein Programm, das auf alle Länder gleichermaßen anwendbar wäre. Der Erfolg der Maßnahmen wird oft von der Beseitigung der größten Hindernisse abhängen, die von Land zu Land grundverschieden sind. Politiken und Maßnahmen, die auf den nachstehenden Überlegungen beruhen, werden jedoch weithin anwendbar sein.

73. Wenn die Möglichkeiten für eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität erfolgreich ausgeschöpft werden sollen, muß die landwirtschaftliche Bevölkerung über das Wissen, die Anreize und die Mittel verfügen, die dafür erforderlich sind. Eine Verbesserung der Kenntnisse und Fähigkeiten der Landwirte erfordert die Verbreitung der im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Praktiken wichtigen Technologien, den Einsatz verbesserter Zuchtformen sowie die laufende Weiterentwicklung und Anpassung der entsprechenden Technologien durch die Forschung. Dies unterstreicht die Wichtigkeit wirksamer Beratungsbemühungen und -dienste sowie von Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Forschungseinrichtungen. Der Erfolg bei der Einführung besserer Methoden und Technologien hängt in entscheidendem Maße vom Vorhandensein von Anreizen ab, die den Einsatz überlegener Methoden mit Aussichten auf eine Verbesserung des Lebensstandards der Bauern verbinden. Der Anreiz, den

die Preise bieten, ist besonders wichtig, insbesondere im Kontext des Übergangs von der Subsistenzwirtschaft zu einer modernen Landwirtschaft. Politiken, durch die die Preise landwirtschaftlicher Produkte niedrig gehalten werden, um eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten der Gesamtbevölkerung zu vermeiden oder diese Kosten zu subventionieren, bewirken oft das Gegenteil des gewünschten Effekts. Eine Politik, die realistischere Preise zuläßt, die die Marktlage besser reflektieren, zeitigt oft bessere Ergebnisse. Eine solche Politik muß außerdem die bei Vermarktung, Verteilung und Lagerung bestehenden Mängel beseitigen, die zu übermäßigen Unterschieden zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen führen.

74. Die Landwirte müssen auch Zugang zu den Mitteln haben, mit denen sie die landwirtschaftliche Produktivität steigern können. Wirtschaftliche Agrarflächen und gesicherte Bodenbesitzverhältnisse sind oft Vorbedingungen für den landwirtschaftlichen Fortschritt. Bewässerungssysteme und eine solide Infrastruktur auf dem Gebiet des Verkehrswesens, der Kommunikation und der Energieversorgung sowie andere Dienste, die die Ablegenheit ländlicher Gebiete ausgleichen, sind weitere Voraussetzungen. Von entscheidender Bedeutung ist darüber hinaus ein gut ausgebautes landwirtschaftliches Bank- und Kreditsystem, das den Bauern hilft, sich die Betriebsmittel zu beschaffen und die für eine Produktionssteigerung erforderlichen Investitionen vorzunehmen.

75. Politiken und Maßnahmen zur Steigerung der Agrarproduktion müssen die Verflechtung der Landwirtschaft mit den anderen Wirtschaftssektoren berücksichtigen. Die Verbindung zum Industriesektor ist von besonderer Bedeutung, da die Industrie sowohl eine Quelle von landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und von Konsumgütern für die ländliche Bevölkerung als auch eine Quelle der Nachfrage nach Agrarprodukten ist. In ländlichen Gebieten ansässige Agroindustrien können die Landwirtschaft stimulieren und gleichzeitig unterbeschäftigten Arbeitskräften Beschäftigung geben. In allgemeinerer Hinsicht besteht außerdem ein enger Zusammenhang zwischen der Produktivität der Bauern und dem Umfang und der Qualität der Bildungs- und Gesundheitsdienste und der Wohnungen, die der ländlichen Bevölkerung zur Verfügung stehen.

76. Oft bestehen noch beträchtliche Möglichkeiten, den Beitrag der Frauen zum landwirtschaftlichen Fortschritt auszuweiten. In den meisten Entwicklungsländern stellen die Frauen einen erheblichen Teil der aktiven bäuerlichen Bevölkerung und der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Politiken und Maßnahmen zur Steigerung ihrer Produktivität und zu ihrer vermehrten Beteiligung an wichtigen Entscheidungen sollten sowohl ihren Beitrag zur Agrarproduktion als auch ihre Einkommen erhöhen. Ländliche Selbsthilfeprogramme und Programme zur Mobilisierung der Arbeitskräfte zugunsten der Gemeinwesenentwicklung und der Verbesserung und Erhaltung der ländlichen Infrastruktur können ebenfalls eine wichtige Rolle im Streben nach landwirtschaftlichem Fortschritt spielen.

77. Auch auf internationaler Ebene sollte eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden. Finanzmittel für Investitionen im Agrarsektor sowie technische Hilfe sollten Bestandteile sowohl der bilateralen als auch der mul-

tilateralen Programme der Entwicklungszusammenarbeit sein. Die Entwicklungsländer sollten zu angemessenen Kosten gesicherten Zugang zu Fortschritten auf Gebieten wie der Biotechnologie und der Gentechnik haben. Die Beseitigung der bestehenden Verzerrungen im Weltagrarhandel ist ebenfalls von wesentlicher Bedeutung. Die Erreichung dieses Ziels erfordert insbesondere einen erheblichen, schrittweisen Abbau der Stütz- und Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft – der innerstaatlichen Regelungen, Marktzugang und Exportsubventionen umfaßt –, um große Verluste für diejenigen, die wirtschaftlicher produzieren, insbesondere in den Entwicklungsländern, zu verhindern. Besondere Bedeutung wird einem erfolgreichen Ergebnis der Uruguay-Runde und wirksamen Anschlußmaßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft, tropische Produkte und aus natürlichen Ressourcen hergestellte Produkte beigemessen, wobei die Bedürfnisse der Entwicklungsländer, die Nettoimporteure von Nahrungsmitteln sind, Berücksichtigung finden sollten.

B. VORRANGIGE ENTWICKLUNGSASPEKTE

78. Ein wesentliches Ziel für die neunziger Jahre ist eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Sie ist die Voraussetzung für die Verbreiterung der Ressourcenbasis der Entwicklungsländer und damit für wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Wandel. Das Wirtschaftswachstum allein gewährleistet jedoch noch nicht, daß seine Früchte gerecht verteilt werden oder daß die Umwelt geschützt und verbessert wird. Wenn die Armut fortbesteht oder noch wächst und wenn die Lebensbedingungen der Menschen vernachlässigt werden, werden jedoch die politischen und sozialen Spannungen zunehmen und die Stabilität in den neunziger Jahren und danach gefährden. In ähnlicher Weise wird bei einem Zunehmen der Umweltschädigung und -zerstörung die natürliche Ressourcenbasis der Entwicklungsländer und das Wohlergehen der Bevölkerung beeinträchtigt und werden Fortschritte in der Entwicklung selbst nicht haltbar sein. Die Strategie muß daher den Politiken und Maßnahmen besonderes Augenmerk schenken, die zur Linderung der Armut, zur Entwicklung der Humanressourcen und für den Umweltschutz gebraucht werden. Darüber hinaus muß sie den damit zusammenhängenden Bereichen des Bevölkerungswachstums und der Beseitigung des Hungers besondere Aufmerksamkeit widmen. Die neunziger Jahre müssen überall eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen mit sich bringen und ein Verhältnis zwischen dem Wirtschaftswachstum und dem Wohlergehen der Menschen herstellen, das so geartet ist, daß beide einander gegenseitig begünstigen. Tatsächlich ist die Notwendigkeit der Verstärkung dieser Wechselbeziehung ein Leitmotiv der Strategie. Dies muß nicht nur in den einzelstaatlichen Anstrengungen seinen Niederschlag finden, sondern muß auch durch finanzielle und technische Hilfe seitens der internationalen Gemeinschaft gefördert werden.

1. Beseitigung von Armut und Hunger

79. Die internationale Gemeinschaft ist in Anbetracht der Schwere der Armutprobleme in den Entwicklungsländern übereinstimmend der Auffassung, daß das Ziel der Beseitigung der Armut höchsten Vorrang hat. Es ist

ermutigend, daß sich ein breiter Konsens über die zur Erreichung dieses Ziels zu verfolgenden Strategien abzeichnet.

80. Die Beseitigung der Armut erfordert Politiken und Maßnahmen an zwei Hauptfronten. Als erstes erfordert sie eine Art der Entwicklung, bei der der wirtschaftliche Fortschritt möglichst breit verteilt ist und sich nicht zu stark auf einige wenige Orte und Sektoren oder begrenzte Bevölkerungsgruppen konzentriert. Als zweites erfordert sie in dem Maße, in dem arme und verwundbare Bevölkerungsgruppen von diesem Prozeß nicht erreicht werden, flankierende Sonderprogramme und -maßnahmen, die unmittelbar darauf ausgerichtet sind, diesen Gruppen zugute zu kommen.

81. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen durch produktive Tätigkeiten ist ein wichtiges Mittel zur Beseitigung der Armut, da ungenügende Einkommen in Ermangelung von Bodenbesitz oder Arbeitsmöglichkeiten eine Hauptursache der Armut sind. Entwicklungsprogramme und -prozesse, die in großem Maßstab Arbeitsplätze schaffen, sind daher absolut unerläßlich. Die Sektoren und Regionen, in denen die Entwicklung stattfindet, und die zum Einsatz kommenden Technologien müssen so gewählt werden, daß ein spürbarer Effekt auf die Beschäftigung erzielt wird. Diese Überlegung muß bei der Herstellung eines ausgewogenen Wachstums zwischen Landwirtschaft, Industrie, der Bauwirtschaft und den Dienstleistungssektoren eine wichtige Rolle spielen. Die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten und Einkommen durch die Aktivierung des informellen Sektors der Volkswirtschaft und durch die Ausweitung der selbständigen Erwerbstätigkeit sollte ebenfalls ein wichtiger Bestandteil der Politiken zur Verbesserung der Einkommen und zur Beseitigung der Armut sein.

82. Selbst bei auf breiter Front stattfindenden Entwicklungsfortschritten kann es dazu kommen, daß beträchtliche Teile der Bevölkerung, insbesondere die ärmsten und verwundbarsten, davon nicht erfaßt werden. Daher werden voraussichtlich Sonderprogramme und -maßnahmen notwendig werden, die unmittelbar auf die Steigerung der Realeinkommen dieser Bevölkerungsgruppen abzielen. Im Rahmen dieser Programme könnten billige und subventionierte Nahrungsmittel und andere lebenswichtige Güter bereitgestellt und könnte den Ärmsten und Notleidenden eine Einkommensunterstützung gewährt werden. Außerdem könnten Programme zur Ausbildung und Mobilisierung der Arbeitskräfte für die lokale Selbsthilfe, die Gemeinwesenentwicklung und die Produktion durchgeführt werden. Derartige Programme stellen eine Verbindung zwischen Aktivitäten zur Armutsbeseitigung und produktiven Tätigkeiten her. Die Bereitstellung von Einrichtungen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Verkehr zu geringen Kosten ist ebenfalls ein Mittel zur Anhebung der Realeinkommen der Armen. Maßnahmen zur Lösung des Problems der Obdachlosigkeit und schlechter Wohnungen sollten ein weiterer wichtiger Aspekt der Programme zur Armutsbeseitigung sein. Die Zunahme der Obdachlosenzahl in vielen Entwicklungsländern ist ein ernstes Anzeichen für die sich verschlechternden Lebensbedingungen, und die in der Globalen Wohnraumstrategie bis zum Jahre 2000³ vereinbarten Verbesserungen im Wohn- und Siedlungswesen sollten Teil der ausschlaggebenden Anstrengungen auf diesem Gebiet sein.

83. Frauen und Kinder sind in Situationen der Armut eine besonders verwundbare Gruppe. Politiken und Maßnahmen zur Beseitigung der Armut sollten ihre Bedürfnisse in besonderer Weise berücksichtigen und der Gesundheitspflege von Mutter und Kind und der Ernährung besondere Aufmerksamkeit widmen. Die Ernährungssicherheit ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt des Kampfes gegen Hunger und Armut und erfordert ein integriertes Herangehen an Nahrungsmittelproduktion und -verbrauch.

84. Politiken und Maßnahmen, die unmittelbar auf die Armutsbeseitigung abzielen, müssen sorgfältig auf den bedürftigen Teil der Bevölkerung ausgerichtet werden. Subventionierte Einrichtungen und Dienste allgemeiner Natur, die auch nichtbedürftigen Gruppen Nutzen bringen, sind gewöhnlich teuer und belasten die begrenzten Ressourcen der Entwicklungsländer zu stark. Allgemeine Subventionen können auch zu Preisverzerrungen beitragen und, wie bei Nahrungsmitteln, den Anreiz zur Inlandsproduktion verringern.

85. Die Entwicklungsländer brauchen nicht auf eine Verbesserung des Pro-Kopf-Einkommens zu warten, um die Extreme der Armut, insbesondere des Hungers und der Not, aus der Welt zu schaffen. Einigen Entwicklungsländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen ist es gelungen, relativ gute Resultate im sozialen Bereich zu erzielen. Langfristig ist jedoch wirtschaftliches Wachstum erforderlich, um den Lebensstandard anzuheben und die Armut zu beseitigen. Lange Perioden der Stagnation oder geringen Wachstums könnten die anfänglichen Fortschritte im Sozialbereich wieder zunichte machen.

86. Die Bekämpfung der Armut liegt in der gemeinsamen Verantwortung aller Länder. Die Beseitigung der Armut und die allgemeinen humanitären und sozialen Ziele, wie Fortschritte bei der Entwicklungsqualität, breite Partizipation, mehr Wahlmöglichkeiten und bessere Chancen für alle Männer und Frauen, brauchen und verdienen volle Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Eine wesentliche Verminderung von Hunger und Mangelernährung ist in Reichweite. Es bestehen beträchtliche Möglichkeiten, internationale Nahrungsmittelhilfe auch dann zu leisten, wenn kein Notstand vorliegt. Die Mitgliedstaaten müssen die bereits geschlossenen Übereinkünfte anwenden und alles daran setzen, um während der Dekade vier Ziele zu erreichen:

- a) Beseitigung von Hunger und Tod infolge von Hungersnöten;
- b) wesentliche Verminderung der Mangelernährung und der Sterblichkeitsraten bei Kindern;
- c) spürbare Verminderung des chronischen Hungers;
- d) Beseitigung der wichtigsten Ernährungskrankheiten.

2. Entwicklung der Humanressourcen und Aufbau von Institutionen

87. Die Entwicklung der Humanressourcen ist auf das engste mit dem Prozeß des wirtschaftlichen und technologischen Wandels verknüpft. Im weitesten Sinne beinhaltet dieser Begriff einen breiten Fächer von Aktivitäten, die das kreative Potential des einzelnen freisetzen

und den Entwicklungsstil bestimmen. Jedes Land muß in Übereinstimmung mit seinen nationalen Prioritäten, Wertvorstellungen, Überlieferungen und seiner Kultur sowie seinem Entwicklungsstand entscheiden, wie es im Hinblick auf die Entwicklung der Humanressourcen und den Aufbau von Institutionen vorgehen soll. Bildung und Gesundheit sind jedoch wesentliche Aspekte der Entwicklung der Humanressourcen und müssen besondere Aufmerksamkeit erhalten.

88. Bildung ist nicht nur ein grundlegendes menschliches Bedürfnis, sondern auch eine Voraussetzung für die Erreichung der anderen Entwicklungsziele. Der Bildungsstand der Arbeitskräfte entscheidet weitgehend über die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und über seine Anpassungsfähigkeit an neue und hochentwickelte Technologien. In mehreren Entwicklungsländern sind die Bildungsausgaben in absoluten und relativen Zahlen in den achtziger Jahren vor dem Hintergrund einer sich verschlechternden Wirtschaftslage zurückgegangen, was schließlich auch zu einer Verschlechterung der Bildungsqualität geführt hat. Unter Berücksichtigung der in den einzelnen Ländern jeweils gegebenen Situation muß allen Aspekten des Bildungssystems Aufmerksamkeit gewidmet werden. Auf die vollständige Beseitigung des Analphabetentums, und zwar auch auf die Beseitigung des Analphabetentums bei Frauen, muß besonderes Gewicht gelegt werden. Die internationale Gemeinschaft hat sich bereits zum Ziel gesetzt, das Analphabetentum bei Erwachsenen im Laufe der Dekade um mindestens 50 Prozent zu reduzieren. Eine grundlegende Voraussetzung dafür ist jedoch, daß die Primar- und Sekundarschulbildung auf eine solide Grundlage gestellt werden. Die auf diesem Gebiet zu verfolgenden Politiken und Maßnahmen müssen das relativ rasche Anwachsen der Bevölkerung im schulfähigen Alter berücksichtigen, das in den meisten Entwicklungsländern mit dem Bevölkerungswachstum Hand in Hand geht. Tatsächlich sind die Ziele für die Dekade, nämlich allen Menschen Zugang zu einer Grundbildung zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß mindestens 80 Prozent der Kinder im schulfähigen Alter die Grundschule abschließen, international akzeptiert worden. Dies erfordert ausreichende Ressourcen, und zwar sowohl finanzieller und administrativer Art als auch in Form von Kapital- und Betriebsvermögen, für die Bereitstellung von Einrichtungen und Material und die Einstellung von Lehrpersonal. Gleichzeitig muß sichergestellt werden, daß die Vergrößerung der Schülerpopulation nicht zu einem Qualitätsabfall führt und daß sie durch eine Lehrerbildungs- und Berufsbindungspolitik unterstützt wird. Die an den Primar- und Sekundarschulen vermittelten Bildungsinhalte müssen außerdem den Anforderungen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fortschritts des jeweiligen Landes gerecht werden. Im Rahmen der Maßnahmen zur Befriedigung der grundlegenden Bildungsbedürfnisse ist es wichtig, daß die rasche Umsetzung der Weiterklärung über Bildung für alle sichergestellt wird, die von der Weltkonferenz über Bildung für alle⁴⁴ verabschiedet worden ist.

⁴⁴ *Final Report of the World Conference on Education for All: Meeting Basic Learning Needs, Jomtien, Thailand, 5-9 March 1990*, Interinstitutionelle Kommission (UNDP, UNESCO, UNICEF, Weltbank) für die Weltkonferenz über Bildung für alle, New York, 1990, Anhang I.

89. Die zunehmend wichtigere Rolle des Wissens als bestimmendes Element des wirtschaftlichen Fortschritts in einem in raschem Wandel begriffenen globalen wissenschaftlich-technischen Umfeld läßt die Verbesserung und Umwandlung der Fähigkeiten der Bevölkerung auf den Gebieten Wissenschaft, Technologie, Unternehmertum und Management umso dringlicher werden. Insofern muß das Schwergewicht auf die weiterführende Bildung und auf die Schaffung der institutionellen Grundlagen für die Ausbildung von Führungskräften und die Berufsausbildung gelegt werden. Außerdem müssen Politiken und Anreize eingeführt werden, die Fachkräfte dazu bewegen, von sich aus in ihren Ländern zu bleiben. Es ist durchaus denkbar, daß der Schlüssel zum Fortschritt in den neunziger Jahren und danach in den Qualifikationen der Arbeitskräfte auf allen Ebenen liegt.

90. Auf dem Gebiet der Gesundheitsdienste muß der gesundheitlichen Grundversorgung und der Verhütung chronischer Krankheiten wie auch allgemeinen Entwicklungszielen wie der Abwasserentsorgung, der Versorgung mit sauberem Trinkwasser und der Ernährung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dies wird zu einer Entlastung des Systems der kurativen Medizin beitragen, an das sich aufgrund des Bevölkerungswachstums, der Aufklärung und sozialer Veränderungen tendenziell immer mehr Menschen wenden. Die gesundheitspolitischen Konzepte und Maßnahmen müssen Frauen und Kindern besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen. Die internationale Gemeinschaft hat sich für die Dekade einvernehmlich bereits mehrere Ziele gesetzt. Dazu gehören die Reduzierung der Sterblichkeitsraten von Kindern unter fünf Jahren entweder um ein Drittel oder um 70 pro tausend Lebendgeburtens (je nachdem, bei welchem Wert mehr Leben gerettet werden), die Reduzierung der Mangelernährung bei Kindern unter fünf Jahren um die Hälfte und die Reduzierung der Müttersterblichkeitsraten um ebenfalls die Hälfte. Bei der Gestaltung der Programme sollte man die Beteiligungs- und Umweltaspekte der gesundheitlichen Versorgung betonen. In besonderem Maße sollte man sich auch um die Verhütung der Ausbreitung von Epidemien und anderen in vielen Entwicklungsländern endemischen Krankheiten bemühen. Außerdem müssen dringende Maßnahmen zur Eindämmung und Verhütung des Syndroms der erworbenen Immunschwäche (Aids) ergriffen werden.

91. Wie im Bildungsbereich müssen auch die im Gesundheitswesen zur Anwendung kommenden Politiken und Maßnahmen mehr auf den Aufbau von Institutionen und die Ausbildung von qualifiziertem Gesundheitspersonal auf allen Ebenen abstellen. Auch hier müssen Bedingungen geschaffen werden, durch die qualifizierte Führungskräfte zum Verbleib ermutigt werden.

92. Die Entwicklung der Humanressourcen könnte auch durch die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern gefördert werden. Es könnte für die Entwicklungsländer von Nutzen sein, wenn sie ihre guten Hochschulbildungs- und Ausbildungszentren einander zugänglich machen würden. Ein Austausch von Lehrkräften, Personal auf dem Gebiet des Gesundheitswesens sowie ein Erfahrungsaustausch könnten sich ebenfalls für sie als nützlich erweisen. Darüber hinaus könnte auch der gemeinsame Betrieb und die gemeinsame Verwaltung von Einrichtungen für die Entwick-

lung von Humanressourcen, insbesondere auf regionaler und subregionaler Ebene, für sie von Vorteil sein.

93. Bei der Förderung der Entwicklung der Humanressourcen und beim Aufbau von Institutionen kommt den entwickelten Ländern eine wichtige Rolle zu. Abgesehen von Investitionshilfen und technischer Unterstützung in Gestalt der Lieferung und des Einsatzes von Ausrüstungsgegenständen und der Aufstellung von Lehrplänen können die entwickelten Länder auch dadurch einen wichtigen Beitrag leisten, daß sie die Mittel für die Ausbildung von qualifizierten Führungskräften zur Verfügung stellen. Die Ausbildung im Ausland ist seit jeher wichtiger Bestandteil der Fachausbildung in den Entwicklungsländern. Doch in den neunziger Jahren und danach kann eine Auslandsausbildung aufgrund der rasch voranschreitenden Entwicklung des Wissens und des dringenden Bedarfs der Entwicklungsländer an mehr Fachkräften noch ungleich größere Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig sollten die Entwicklungsländer beim Aufbau ihrer eigenen Ausbildungseinrichtungen und Hochschulen unterstützt werden. In dem Maße, in dem Entwicklungsfortschritte erzielt werden, müssen die Entwicklungsländer ihre Eigenständigkeit auf diesem Gebiet verstärken.

94. Die Menschenrechte und die menschliche Entwicklung sind Ziele an sich. Alle die Humanressourcen betreffenden Aktivitäten besitzen eine sich wechselseitig verstärkende Wirkung. Was die Bildungs- und Gesundheitsprogramme angeht, so werden eine sorgfältige Analyse, die Entwicklung einer entsprechenden Politik und ein wirksames Management notwendig sein, wobei die Unterstützung durch die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen eine entscheidende Rolle spielen sollte. Da die auf die Entwicklung der Humanressourcen abzielenden Tätigkeiten ineinandergreifen, muß der interinstitutionellen Koordination auf den Gebieten Bildung, Gesundheit, Ernährung, Wohnungswesen, Beschäftigung, Kinder- und Jugendwohlfahrt und Förderung der Frau besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Außerdem sollte es Programme zur Einbeziehung älterer Menschen in die Entwicklung geben.

3. Bevölkerung

95. Bevölkerungsprogramme sollten in die wirtschaftlichen Zielsetzungen und Strategien integriert werden. In den neunziger Jahren werden die Entwicklungsländer ein höheres Bevölkerungswachstum zu verzeichnen haben als in jedem vorangegangenen Jahrzehnt, und zwar ein Wachstum von weit über 20 Prozent. Im gleichen Jahrzehnt wird es auch zu einer Alterung der Weltbevölkerung kommen. Die demographische Situation ist zwar von Land zu Land verschieden, doch in den meisten Entwicklungsländern wird eine Senkung der Bevölkerungswachstumsrate den Druck vermindern, dem der Sozialbereich, das Wirtschaftswachstum, die Umwelt und die natürlichen Ressourcen ausgesetzt sind. In mehreren Entwicklungsländern haben die Bevölkerungswachstumsraten tatsächlich zu sinken begonnen. Über die Hälfte der Entwicklungsländer verfolgen aktiv Politiken zur Verminderung der Bevölkerungswachstumsrate, wobei ihnen diese Erfahrung wichtige Einsichten vermittelt hat. Die Erziehung und Aufklärung der Frau, ein verbesserter Mutter- und Kinderschutz und auf die soziokulturellen Gegebenheiten der einzelnen Länder zuge-

schnittene Familienplanungsdienste haben sich als wirksame und erfolgreiche Instrumente bevölkerungspolitischer Programme erwiesen und sollten weiterverfolgt und ausgebaut werden. Auf bevölkerungspolitischem Gebiet sollten die Entwicklungsländer in den neunziger Jahren erheblich mehr Unterstützung erhalten. Außerdem sollten die Entwicklungsländer ihre Bemühungen um die Bereitstellung ausreichender Ressourcen für Bevölkerungsprogramme intensivieren.

4. Umwelt

96. Die Gefahr, die der Umwelt heute droht, geht alle an. Alle Länder sollten nach Maßgabe ihrer jeweiligen Kapazitäten und Verantwortlichkeiten und unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer wirksame Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt ergreifen. Den entwickelten Ländern, den Hauptverursachern der Verschmutzung, obliegt es zuvörderst, dringend die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Wirtschaftswachstum und Entwicklung in den Entwicklungsländern sind wesentliche Voraussetzungen für eine Inangriffnahme der Probleme der Umweltzerstörung und des Umweltschutzes. Den Entwicklungsländern müssen neue und zusätzliche Finanzmittel zugeleitet werden. Wirksame Modalitäten, die insbesondere den Entwicklungsländern einen günstigen Zugang zu umweltfreundlichen Technologien gewähren beziehungsweise den Transfer derartiger Technologien, unter anderem auch zu konzessionären und Vorzugsbedingungen, ermöglichen, sollten geprüft werden.

97. In ihrer Resolution 44/228 vom 22. Dezember 1989 hat die Generalversammlung für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 wichtige Ziele gesetzt. Diese Ziele müssen verwirklicht werden.

IV. BESONDERE SITUATIONEN, EINSCHLIESSLICH DER AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDER

98. Vor über zwei Jahrzehnten haben die Vereinten Nationen Kriterien zur Ermittlung der wirtschaftlich schwächsten und mit den hartnäckigsten Strukturproblemen konfrontierten Länder unter den Entwicklungsländern verabschiedet. Man erkannte an, daß diese Länder, denen die Bezeichnung am wenigsten entwickelte Länder gegeben wurde, in ihren Bemühungen um die Umgestaltung ihrer Volkswirtschaften und die Verbesserung ihrer Aussichten auf eine nachhaltige Entwicklung durch besondere Maßnahmen seitens der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden müßten. Im Jahre 1981 verabschiedete die Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder das Neue substantielle Aktionsprogramm für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder⁴⁵, worin eine Reihe von Maßnahmen zur Unterstützung des Entwicklungsprozesses in diesen Ländern vereinbart wurden. Im Rahmen dieser Maßnahmen setzte man sich auch das Ziel, 0,15 Prozent des Brutto sozialprodukts der entwickelten Länder als Hilfe zu Vorzugsbedingungen an die am wenigsten entwickelten Länder zu vergeben.

⁴⁵ Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries, Paris, 1-14 September 1981 (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.I.3), Teil I, Abschnitt A.

99. Es waren jedoch gerade diese und andere zu den ärmsten und schwächsten gehörenden Länder, die von den Schwierigkeiten, die in den achtziger Jahren in der Weltwirtschaft auftraten, am härtesten betroffen wurden. Nach den anfangs verabschiedeten Kriterien stieg die Zahl der Länder, die in die Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder fielen, – statt sich aufgrund einer erfolgreich verlaufenden Entwicklung zu vermindern – von 24 im Jahre 1972 auf 41 im Jahre 1990. Die Maßnahmen, die die internationale Gemeinschaft zur Unterstützung der am wenigsten entwickelten Länder ergriff, reichten nicht aus, um die negativen Faktoren auszugleichen, durch die ihre Entwicklung in den achtziger Jahren beeinträchtigt wurde. In Anbetracht der Entwicklungen in der Weltwirtschaft besteht die Gefahr, daß diese Länder mehr und mehr marginalisiert werden, eine Gefahr, die dringend abgewandt werden muß.

100. Im September 1990 fand in Paris die Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder statt. Auf der Konferenz wurde der Grundsatz der gemeinschaftlichen Verantwortung und einer noch engeren Partnerschaft im Dienste des Wachstums und der Entwicklung der am wenigsten entwickelten Länder betont und zu gegenseitigen Verpflichtungen und verstärkten gemeinsamen Anstrengungen sowohl seitens der am wenigsten entwickelten Länder wie auch ihrer Entwicklungspartner aufgerufen. Das von der Konferenz verabschiedete Aktionsprogramm⁴⁶ muß voll umgesetzt werden. Die allgemeinen Voraussetzungen dafür sind festgeschrieben worden. Als erstes sollten die auf der Konferenz vereinbarten derzeitigen Zielwerte für die öffentliche Entwicklungshilfe erreicht werden. Besondere Aufmerksamkeit soll darauf gerichtet sein, den Exporten der am wenigsten entwickelten Länder vermehrten Zugang zu den großen Märkten zu ermöglichen. Eine verbesserte Ausgleichsfinanzierung von Exporterlösausfällen sollte erwogen werden. Die Geber sollten die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den am wenigsten entwickelten Ländern einen weiterreichenden Erlaß ihrer Schulden aus zu Vorzugsbedingungen gewährten bilateralen Krediten zu gewähren. Alle Geber werden nachdrücklich gebeten, die Resolution 165 (S-IX) des Handels- und Entwicklungsrats vom 11. März 1978⁴⁶ vorrangig und auf eine Weise durchzuführen, die für die Empfänger einen höheren Nettozufluß öffentlicher Entwicklungshilfe bedeutet. Der Pariser Club sollte in Erwägung ziehen, die Anwendung der auf dem Wirtschaftsgipfel von Toronto vereinbarten Modalitäten gemäß den etablierten Verfahren und Kriterien auf alle am wenigsten entwickelten Länder auszudehnen; die Optionen von Toronto sollten unter Berücksichtigung des Kommuniqués des Houstoner Wirtschaftsgipfels überprüft werden, und es sollten dringend Vorschläge für weitere Schuldenentlastungen geprüft werden. Die Finanzinstitutionen, insbesondere soweit sie nicht-konzessionäre Kredite vergeben, werden gebeten, sich hinsichtlich der Schulden, die die am wenigsten entwickelten Länder bei ihnen haben, ernsthaft mit Entlastungsmaßnahmen zu befassen.

⁴⁶ Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Dreiunddreißigste Tagung, Beilage 15 (A/33/15), Vol. I mit Korrigendum, Anhang I.

101. Die besonderen Entwicklungsprobleme der Binnen- und Inselstaaten unter den Entwicklungsländern erfordern ebenfalls besondere Aufmerksamkeit. Es werden Maßnahmen gebraucht, durch die die Erschwernisse beseitigt werden, die sich aufgrund ihrer besonderen Verkehrs- und Kommunikationsprobleme, ihrer begrenzten Binnenmärkte und ihrer hohen Anfälligkeit für Umweltschäden und Naturkatastrophen für ihre Entwicklung ergeben.

102. Ziel dieser Maßnahmen sollte eine Senkung der für diese Länder mit dem Zugang zum Meer und zu den Weltmärkten in beiden Richtungen verbundenen Kosten, eine Verbesserung der Qualität, der Effizienz und der Verlässlichkeit ihrer Transitverkehrsinfrastruktur und eine Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften sein.

V. ROLLE DES SYSTEMS DER VEREINTEN NATIONEN

103. Die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen tragen eine besondere Verantwortung für die Verfolgung der Gesamt- und Einzelziele dieser Strategie. Das System hat eine einzigartige Rolle dabei gespielt, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Entwicklungsproblematik zu richten. Durch seine Studien über verschiedene Aspekte des Entwicklungsproblems auf nationaler wie auf internationaler Ebene, durch die von ihm einberufenen internationalen Konferenzen zu wichtigen Fragen, durch die unter seiner Mitwirkung ausgehandelten Vereinbarungen, Konventionen und Übereinkommen, von denen einige den Charakter von Rechtsvorschriften beziehungsweise Quasi-Rechtsvorschriften haben, und nicht zuletzt durch die den Entwicklungsländern gewährte technische Hilfe hat das System der Vereinten Nationen einen unschätzbaren Beitrag zu der theoretischen, politischen und praktischen Auseinandersetzung mit der Entwicklungsproblematik geleistet. Diese Rolle muß nicht nur Bestand haben, sondern mit Unterstützung und Ermutigung der Mitgliedstaaten in den neunziger Jahren weiter gestärkt und ausgebaut werden.

104. Nahezu alle Aspekte der Strategie fallen in die Interessensbereiche der verschiedenen Teile des Systems der Vereinten Nationen. In vielen dieser Bereiche und Sektoren haben die Mitgliedstaaten bereits Gesamt- und Einzelziele für die bevorstehende Dekade und Maßnahmen zu ihrer Erreichung vereinbart, die für die Umsetzung der Strategie von ausschlaggebender Bedeutung sind. Die Strategie liefert auch Richtlinien für die weitere Arbeit an der Ausgestaltung von politischen Konzepten und von Programmen sowie für die Bemühungen um den Abschluß von Übereinkünften über neue Maßnahmen. Für die ersten Jahre sind bereits große Konferenzen des Systems der Vereinten Nationen geplant, und in der Zeit danach werden weitere folgen. Diese Konferenzen werden wichtige Gelegenheiten zum Abschluß von Übereinkünften sein, durch die die für die Verwirklichung der Strategieziele erforderlichen Maßnahmen und Verpflichtungen inhaltlich stärker konkretisiert werden.

105. Den Organen, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen kommt daher eine entscheidende Rolle zu, wenn es darum geht, die für die Ausarbeitung und Umsetzung der Strategie relevante Analysearbeit voranzutreiben, die erforderliche interna-

tionale Zusammenarbeit zu fördern und sicherzustellen und technische Hilfe zu gewähren. Die Tätigkeit des internationalen Systems sollte durch eine engere interinstitutionelle Kooperation und Koordination und durch organisatorische Maßnahmen, die den Beitrag des Systems zur Entwicklung stärken, kohärenter gestaltet werden. Die Strategie liefert für die Verwirklichung dieser Ziele einen ersten Rahmen. Die Überprüfung der Arbeitsweise des Systems der Vereinten Nationen sollte unter Berücksichtigung dieses Ziels fortgeführt werden; alle Mitgliedstaaten haben die Aufgabe, dieses System effektiver und effizienter zu machen.

106. Der Generalsekretär wird ermutigt, seine Bemühungen um die Erleichterung einer Lösung für die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer mit allen ihm geeignet erscheinenden Mitteln und unter Berücksichtigung aller relevanten Vorschläge fortzusetzen. Außerdem sollten die zuständigen Organe und Gremien des Systems der Vereinten Nationen Anschlußmaßnahmen zur Uruguay-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen treffen.

107. Die zunehmende Interdependenz der Weltwirtschaft und das immer stärkere Ineinandergreifen verschiedener Fragenkomplexe, wie etwa Währung und Finanzen, Handel und Entwicklung, machen die Koordination makroökonomischer Politiken und ein makroökonomisches Management auf internationaler Ebene heute dringlicher denn je. Die Vereinten Nationen sollten ihre Rolle auf diesem Gebiet so wahrnehmen, wie dies in den die Aufgaben des Wirtschafts- und Sozialrats betreffenden Bestimmungen der Charta vorgesehen ist.

VI. ÜBERPRÜFUNG UND BEWERTUNG

108. Ein Überprüfungs- und Bewertungsprozeß sollte fester Teil der Strategie sein, damit deren erfolgreiche Umsetzung gewährleistet wird. Der Prozeß sollte auf nationaler Ebene von den jeweiligen Mitgliedstaaten durchgeführt werden. Darüber hinaus muß er jedoch auch im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen auf globaler, sektoraler und regionaler Ebene durchgeführt werden. Er sollte Gelegenheit bieten, die politischen Impulse zu geben, die in Anbetracht der sich abzeichnenden Bedürfnisse und Entwicklungen erforderlich sind. Es ist damit zu rechnen, daß sich die Verhältnisse im Laufe der Dekade auf eine im Augenblick noch nicht vorhersehbare Weise ändern werden, was eine laufende Überwachung und in regelmäßigen Abständen erfolgende Überprüfung sinnvoll erscheinen läßt, die, soweit notwendig, Änderungen oder Revisionen der Strategie gestattet.

109. Die jüngsten Ereignisse in der Golfregion haben Auswirkungen auf die kurzfristigen Wirtschaftsperspektiven vieler Länder, und zwar insbesondere, was die Energie- und Handelsbilanzen betrifft. Die gegebenen Unwägbarkeiten lassen die Berücksichtigung dieser Auswirkungen zur Zeit zwar nicht zu, doch ist es wichtig, die Situation laufend zu verfolgen, um festzustellen, ob im Rahmen der Strategie zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind.

110. Die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen werden bei der Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele dieser Strategie in

ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich eine wichtige Katalysatorrolle spielen.

111. Der Apparat für eine laufende Überwachung ist vorhanden: die verschiedenen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und die Regionalkommissionen geben Jahresberichte heraus, in denen die Fortschritte auf praktisch allen Gebieten der internationalen Entwicklung verzeichnet sind. Die Regierungen nehmen an zahlreichen Erörterungen in den Sonderorganisationen, im Wirtschafts- und Sozialrat und in der Generalversammlung teil, bei denen der Stand der Fortschritte bei der internationalen Entwicklung ein wichtiges Thema ist. In diesem Sinne ist die Überprüfung und Bewertung bereits jetzt Bestandteil der Verfahren des Systems der Vereinten Nationen.

112. Dennoch ist in regelmäßigen Abständen auch eine Überprüfung und Bewertung der Fortschritte erforderlich, die hinsichtlich der Strategie als Ganzes erzielt worden sind. Diese Aufgabe sollte alle zwei Jahre von der Generalversammlung unter Heranziehung des Wirtschafts- und Sozialrats wahrgenommen werden, wozu ein Punkt betreffend die Umsetzung der Strategie in die jeweiligen Tagesordnungen aufzunehmen ist. Der Generalsekretär sollte entsprechende Empfehlungen vorlegen, um einen Beitrag zu diesem Überprüfungs- und Bewertungsprozeß zu leisten.

45/200 – Rohstoffe

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 1995 (XIX) vom 30. Dezember 1964, in der geänderten Fassung⁴⁷, über die Schaffung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, die Konferenzresolutionen 93 (IV) vom 30. Mai 1976 über das Integrierte Rohstoffprogramm⁴⁸, 124 (V) vom 3. Juni 1979⁴⁹ und 155 (VI), 156 (VI) und 157 (VI) vom 2. Juli 1983⁵⁰, die Schlußakte, die die Konferenz auf ihrer vom 9. Juli bis 3. August 1987 in Genf abgehaltenen siebten Tagung verabschiedet hat⁵¹ und das Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe⁵², das am 19. Juni 1989 in Kraft getreten ist,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 41/168 vom 5. Dezember 1986, 43/27 vom 18. November 1988 und 44/218 vom 22. Dezember 1989,

aner kennend, daß die Rohstoffexporte in den Volkswirtschaften der Entwicklungsländer insgesamt nach wie vor eine Schlüsselrolle spielen, da sie einen entscheidenden Beitrag zu den Exporterlösen, den Investitionen und zur Bestreitung des Lebensunterhalts leisten,

⁴⁷ Siehe die Resolutionen 2904 (XXVII), 31/2 A und B und 34/3.

⁴⁸ Siehe *Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Fourth Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.76.II.D.10 mit Korrigendum), Erster Teil, Abschnitt A.

⁴⁹ Ebd., *Fifth Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.II.D.14), Erster Teil, Abschnitt A.

⁵⁰ Ebd., *Sixth Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.83.II.D.6), Erster Teil, Abschnitt A.

⁵¹ Ebd., *Seventh Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.88.II.D.1), Erster Teil, Abschnitt A.1.

⁵² Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.81.II.D.8 mit Korrigendum.

feststellend, daß die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa die Rohstoffherzeugung und den Rohstoffhandel möglicherweise nachhaltig beeinflussen und daß diese Entwicklungen wie auch die Möglichkeit einer Ausweitung des Süd-Süd-Rohstoffhandels gründlich untersucht werden sollten,

besorgt darüber, daß sich die mit der Instabilität und dem Ausfall der Exporterlöse zusammenhängenden Probleme durch das an früheren Maßstäben gemessen durchgehend niedrige Niveau der Rohstoffpreise noch weiter zugespitzt haben,

mit Besorgnis feststellend, daß die erheblichen Exporterlösausfälle bei den Rohstoffen zu ernststen Schwierigkeiten bei der Realisation langfristiger Entwicklungspläne und -ziele wie auch bei der Weiterverfolgung von Anpassungsprogrammen führen,

besorgt über die Schwierigkeiten, denen die Entwicklungsländer bei der Finanzierung und Durchführung von Diversifizierungsprogrammen begegnen,

eingedenk dessen, daß in vielen Entwicklungsländern die Verbindungen zwischen dem Rohstoffsektor und vor- und nachgelagerten Bereichen der Volkswirtschaft verstärkt werden müssen,

in Anbetracht dessen, daß der Rohstoffexport in den Volkswirtschaften der am wenigsten entwickelten Länder eine besonders wichtige Rolle spielt,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen über die weltweiten Tendenzen und Aussichten bei den Rohstoffen, unter besonderer Berücksichtigung der Situation der rohstoffabhängigen Entwicklungsländer⁵³;

2. *unterstreicht* die Notwendigkeit, den Beitrag des Rohstoffsektors zum Wirtschaftswachstum und zur Umgestaltung in den rohstoffabhängigen Entwicklungsländern dadurch zu maximieren, daß sichergestellt wird, daß die Fortschritte im Rohstoffsektor wirksam zum Wachstum und zur Entwicklung in anderen Wirtschaftssektoren wie auch zur radikalen Beseitigung der Armut beitragen, und betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung, die den Diversifizierungsbemühungen der rohstoffexportierenden Entwicklungsländer zukommt;

3. *empfiehlt dringend* eine aktive Beteiligung an Verbraucher- und Erzeugerforen und eine bessere Nutzung derartiger Foren als Mittel zum Informationsaustausch unter anderem über Investitionspläne, Aussichten und Märkte für einzelne Rohstoffe und zur Erleichterung von Direktkontakten zwischen den beteiligten Partnern, und empfiehlt dringend, derartige Foren für Rohstoffe zu schaffen, wo immer dies angebracht und möglich und bisher noch nicht erfolgt ist;

4. *bringt ihre Überzeugung zum Ausdruck*, daß flankierende internationale Politiken, die darauf abzielen, die Rohstoffmärkte durch größere Transparenz funktionsfähiger zu machen und im Rohstoffhandel stabilere und besser berechenbare Verhältnisse zu schaffen, einen maßgeblichen Beitrag zu den Bemühungen der rohstoffabhängigen Entwicklungsländer um eine Neubelebung ihrer Entwicklung leisten könnten;

5. *vertritt die Auffassung*, daß zur Stärkung der Volkswirtschaften der rohstoffabhängigen Entwicklungs-

⁵³ A/45/442 mit Korr.1.